

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/110: 18.03.1968 – 23.09.1968

18.03.1968

BRD: Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt am 18. März 1968 während seiner Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag (x155/141): >>... Wir wissen, daß heute die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Polen zur Folge haben würden. Das ist eine Realität.

Realität ist auch, daß 40 % der Menschen, die in jenen Gebieten leben, schon dort geboren sind. Niemand ist so vermessen, an eine neue Vertreibung zu denken.

Eine weitere Realität ist es, daß das deutsche Volk die Versöhnung gerade auch mit Polen will und braucht. ...

Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung (Beifall lt. Protokoll).

Es ergibt sich, daß die bestehenden Grenzen in Europa nicht durch Gewalt verändert werden dürfen ... Alle Völker sollen in der sicheren Gewißheit leben, daß Grenzen nicht mehr gegen ihren Willen verändert werden.

Das meinen auch, wenn ich es recht verstanden habe, die heimatvertriebenen Landsleute, deren Fragen und Sorgen ich keinen Augenblick vergesse. ... <<

30.03.1968

BRD: Die BdV-Bundesvertretung kritisiert am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Beschluß des SPD-Parteitages in Nürnberg zur Oder-Neiße-Frage zielt auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes ab. ... Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt.

Der Beschluß des SPD-Parteitages ist ein Wortbruch gegenüber der Zusicherung, daß "nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf". ...

Keine Partei und kein Parteitag, kein Politiker und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist legitimiert, Vorleistungen zu erbringen und auf deutschen Boden zu verzichten. ...

Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

04.04.1968

USA: Martin Luther King (1929-1968, Baptistenpfarrer und Vorkämpfer für die Bürgerrechte der Schwarzen, erhält 1964 Friedensnobelpreis) wird am 4. April 1968 durch den weißen Fanatiker James Earl Ray (1928-1998) in Memphis/Tennessee erschossen.

Der deutsche Journalist Thomas Giefer schreibt später über die Ermordung des Baptistenpfarrers Martin Luther King (x171/71-74): >>... Es ist 5 Uhr, als Pastor Kyles an die Tür klopft, um King und seine Begleiter zu einem ... Abendessen nach Art der Südstaaten, abzuholen.

Es dauert eine Stunde, bis alle zum Aufbruch bereit sind. Eine entspannte Stunde, King hat sich von der bedrückenden Stimmung des letzten Abends erholt, ist bester Laune.

"Wir haben uns mit Kopfkissen beworfen, er war sehr albern", erinnert sich Andrew Young.

"Dann ging er auf sein Zimmer, um sich fürs Essen umzuziehen."

Um 6 Uhr tritt King mit Kyles aus seinem Zimmer auf den Balkon, von dem eine Treppe in den Hof führt. Dort warten schon Orange, Williams, Young und Jesse Jackson am weißen Cadillac, der King bei seinen Memphis-Aufenthalten von einem Beerdigungsunternehmer zur Verfügung gestellt wird.

King lehnt sich über das Geländer, um mit den unten Stehenden ein paar Worte zu wechseln:

Für den nächsten Gottesdienst wünscht er sich das Lied "Precious Lord, take my hand ...".

Kyles wird ungeduldig und geht in Richtung Treppe los, einer ruft zu King: "Es wird kalt, nimm einen Mantel mit!", da knallt der Schuß.

"Ich dachte, es wäre eine Motor-Fehlzündung. Ich war überrascht, daß Martin Luther King zu Boden gefallen war. Und erst dachte ich, es sei ein Spiel, weil er vor ein paar Minuten noch so fröhlich war."

Das Hochgeschwindigkeitsgeschloß hat einen Teil seines Gesichts weggerissen, hat seinen Oberkörper innerlich zerfetzt und ist knapp unter dem Schulterblatt steckengeblieben.

McCullough, ein Invader und FBI-Undercoveragent, wie sich später herausstellt, kniet als erster neben dem Sterbenden, Sekunden später kommt Kyles hinzu: "Da war eine erloschene Zigarette in seiner Hand. Ich nahm sie ihm aus den Fingern. Er rauchte nicht in der Öffentlichkeit, stand aber unter starkem Druck, so daß er damit angefangen hatte. Sein Schlips war durchtrennt und der Knoten verdreht. Ich habe keine Ahnung, warum ich mich gerade daran erinnere. Und da war dieses fürchterliche Loch in seinem Gesicht."

Obwohl sein Herz noch schlägt, gibt es im Krankenhaus nichts mehr, was die Ärzte für King tun könnten. Eine Stunde später wird sein Tod offiziell bekanntgegeben. ...

Die Nachricht löst in den USA ein politisches Erdbeben aus. In den Schwarzenghettos explodiert augenblicklich die Gewalt. Ganze Stadtteile gehen in Flammen auf. Lyndon B. Johnsons Justizminister Ramsey Clark fliegt noch am selben Abend nach Memphis. Keine 24 Stunden später gibt er in einer Pressekonferenz die Richtung der FBI-Ermittlung bekannt: "Wir haben keine Hinweise auf eine Verschwörung. Alle Beweise deuten zur Zeit auf einen Einzeltäter hin." ...

65 Tage nach dem Mord an King, sitzt der Mann, der von sämtlichen Zeitungen der Welt bereits als "Mörder des Jahres" präsentiert wurde, endlich hinter Gittern.

Ein knappes Jahr später überredet ihn sein Anwalt, sich schuldig zu bekennen – angeblich, um ihn vor dem elektrischen Stuhl zu bewahren. Dadurch entfällt eine ernstzunehmende Beweisaufnahme, die Verhandlung des Jahrhundertverbrechens ist vor der Mittagspause zu Ende.

Ray, der zu 99 Jahren Haft verurteilt wird, widerruft nach drei Tagen sein Geständnis. Doch bis zum Ende seines Lebens wird er vergeblich auf eine neue Gerichtsverhandlung hoffen.

...<<

11.04.1968

BRD: Der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) wird am 11. April 1968 durch einen rechtsradikalen Attentäter

schwer verletzt.

Nach dem Anschlag ereignen sich in zahlreichen westdeutschen Städten gewalttätige Demonstrationen.

Rudi Dutschke (Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung) schreibt damals über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>Heute hält uns nicht eine abstrakte Theorie der Geschichte zusammen, sondern der Ekel vor einer Gesellschaft, die von Freiheit schwätzt und die unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse der Individuen und der um ihre sozialökonomische Emanzipation kämpfenden Völker subtil und brutal unterdrückt. ...

Die Bremer Schüler haben gezeigt, wie die Politisierung unmittelbarer Bedürfnisse des Alltagslebens - Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen – subversive Sprengkraft entfaltet werden kann. ...

An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radikaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner (1907-1999) schreibt später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127):

>>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (15/1988) berichtet später über die "Jugendrevolution und Protestbewegung der sechziger Jahre": >>**Träume im Kopf, Sturm auf den Straßen**

Ich stand an dieser Stelle, als der Schuß fiel. Ich habe gesehen, wie eine Schar von sechs bis acht Polizisten auf den Studenten eindrang, wie er mit Knüppeln bearbeitet wurde, wie er wehrlos und passiv in dieser Traube von Polizisten hing, und dann habe ich das Mündungsfeuer der Pistole gesehen. Das Mündungsfeuer war ungefähr in Kopfhöhe. Im nächsten Moment lag der Student am Boden und rührte sich nicht - Aussage des Musikstudenten Frank Krüger über den Todesschuß auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967.

Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen - Das Springerblatt "BZ" am 3. Juni 1967. Für Benno Ohnesorg, 26 Jahre, Philologiestudent vor dem Abschluß, Ehemann und angehender Vater, ist es die erste Straßendemonstration.

Er hat ein kritisches Buch darüber gelesen, wie grausam es unter dem von der deutschen Regenbogenpresse gefeierten "kaiserlichen Paar" in Persien tatsächlich zugeht. Deshalb will er mitprotestieren gegen die untertänige Ehrerbietung, mit der die bundesdeutschen Politiker - der Bundeskanzler heißt Kiesinger, Außenminister ist Willy Brandt, Bundespräsident Heinrich Lübke - den Schah und späteren Krupp-Großaktionär Resa Pahlewi nebst Gemahlin als

Staatsgäste empfangen.

Während drinnen in der Deutschen Oper dem Pfau vom Pfauenthron und seiner Gattin Farah Diba die "Zauberflöte" vorgespielt wird, stürmen Polizisten an diesem noch hellen, warmen Abend mit gezogenen Schlagstöcken auf die Demonstranten los, prügeln sie auseinander und machen Jagd auf die Flüchtenden. Daß ein Kriminalbeamter namens Kurras dabei die Dienstpistole gezogen und einem unbescholtenen Bürgersohn, Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde, eine Kugel in den Hinterkopf gefeuert hat - diese Nachricht trifft einen großen Teil der jungen Generation wie ein KnüppelhieB.

Die vielen Abseitsstehenden, die mit den marxistischen Thesen der linken Akteure wenig anzufangen wissen, werden von dem Todesschuß wachgeschockt. Theoriebegriffe wie "Repression" oder "Entfremdung" sagen diesen jungen Leuten nichts. Aber der auf einem Auto-Abstellplatz sterbende Student, dem eine verstörte junge Frau sanft den Kopf hält - dieser Anblick ergreift und empört sie.

Sie mögen nicht recht an den wiedergeborenen Sozialismus glauben, den Rudi Dutschke predigt. Aber sie können erkennen, daß die Springer-Blätter weder Lüge noch Verdrehung scheuen, um die widersetzlichen Studenten zu Haßobjekten für die Bevölkerung herzurichten. Auf einmal wird das böse Rätsel der Vergangenheit ein wenig durchsichtiger für die Jungen; sie bekommen eine Ahnung, wie das gewesen sein muß, als in Deutschland, vor 1933 und danach, unablässig gegen eine Minderheit gehetzt worden ist: gegen die Juden.

Viele bis dahin gleichgültige Studenten drängt es nach Ohnesorgs Tod, Partei zu ergreifen - und zwar anders als einst ihre Eltern. Soziologe Detlev Claussen, Mitglied der radikalen Avantgarde beim "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), erinnert sich: "Du bist am Morgen nach Ohnesorgs Erschießung aufgewacht, und es sind plötzlich ganz viele Menschen, ... die du noch nie gesehen hast, da. ... Das hat auch irgendwo diesen euphorischen Funken gesetzt." Erst von da an, meint Claussen, könne man wirklich von einer studentischen "Bewegung" in Westdeutschland sprechen.

Denn immer mehr Studenten und Schüler kamen in jenem Sommer zu dem Schluß, daß die Radikalen vom SDS recht hatten. Bewies nicht der Fall Ohnesorg, daß der Staat auf Gewalt beruhte statt auf Demokratie und Recht? Steckte in einer Polizei, die Wehrlose bewußtlos schlägt und sogar tötet, nicht die Brutalität der Diktatur? Und was war das für eine Justiz, die den Todesschützen Kurras nach seiner Tat frei herumlaufen ließ und ihn dann sogar vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freisprach?

Die Politiker sahen den "Charaktermasken" immer ähnlicher, von denen die SDSler sprachen - nur Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz, Pastor von Haus aus, wurde nach Ohnesorgs Tod erleuchtet und bekehrt wie einst Saulus auf dem Weg nach Damaskus: Er trat drei Monate später von seinem Amt zurück und entwickelte sich zum linkschristlichen Mahner wider den Hochmut der Politikerkaste, die in Bonn gerade eine ebenso burleske wie bedrohliche Vorstellung gab.

Die großen Parteien herrschten seit 1966 gemeinsam und faktisch ohne Opposition: CDU/CSU und eine auf CDU-Kurs eingeschwenkte SPD Arm in Arm als "Große Koalition" mit dem Kanzler Kurt Georg Kiesinger, den Heinrich Böll für "untragbar und unerträglich" hielt, weil er der Nazipartei angehört hatte und im Außenministerium für Rundfunk-Propaganda zuständig war.

Diesem Mann im Silberhaar zur Seite standen der ehemalige Widerstandskämpfer Willy Brandt und Franz Josef Strauß: eine Regierung der verlogenen Versöhnung und unverhüllten Opportunität. In suspekter vaterländischer Eintracht hatte sie sich vorgenommen, verfassungsändernde Gesetze für den Fall eines nationalen Notstands zu schaffen.

Da brauchte man nicht, wie es Kiesinger einmal tat, "irrationale, ja dämonische Kräfte" zu bemühen, um zu begreifen, warum sich im Land eine radikale außerparlamentarische Opposi-

tion erhob, "Apo" genannt. Enttäuschte SPD-Genossen, linke Intellektuelle, Gewerkschafter und Gewerkschaftsjugend verbanden sich in ihr mit den politischen Studenten. Das Protestpotential an den Universitäten wuchs. Um so dringender wurde die Frage, was damit geschehen sollte. Denn immer nur polizeilich genehmigte Umzüge zu veranstalten und Plakate durch die Gegend zu tragen, das war den Vorreitern der Auflehnung nicht mehr genug.

Ein Mädchen stellte sich vor einen der Soldaten. "Warum, warum nur?" fragte sie. "Wir sind wie ihr. Ihr seid wie wir. Die dort sind schuld", sagte sie und zeigte auf das Pentagon. Sie legte zwei Finger auf ihren Mund, küßte sie und berührte damit die Lippen des Soldaten.

Vier andere Soldaten packten sie und schleppten sie fort zu den anderen Festgenommenen. Der Soldat, mit dem sie gesprochen hatte, versuchte seinen Kameraden zu erklären, daß das Mädchen ihm ja nicht weh tun wollte - Aus Norman Mailers Erlebnisbericht "Heere aus der Nacht".

Samstag, 21. Oktober 1967. Das Pentagon wird belagert. Wie eine riesige lebende Flickendecke, leuchtend bunt in der Herbstsonne, liegen, sitzen und stehen nahezu 40.000 Menschen vor dem ungeheuren graugelben Fünfeck des US-Verteidigungsministeriums, vor dem Bürokoloss und Nervenzentrum der amerikanischen Kriegsmaschine.

Zum erstenmal laufen die Kriegsgegner nicht einfach nur durch Washington und hören sich die immer gleichen Reden an. Zum erstenmal sind sie über den Potomac-Fluß hinweg zum Sitz des Übels gezogen, um den Managern des Todes wenigstens symbolisch auf den Leib zu rücken.

Inmitten der Menge auf den weiten Parkflächen am Potomac-Ufer steht ein Lastwagen mit einer Rockband darauf, den "Fugs". Der rotbärtige Beat-Poet Ed Sanders tritt ans Mikrophon, doch er singt nicht, rezitiert nicht, hält keine Ansprache. Er betreibt Exorzismus. Er beschwört die bösen Geister des Pentagon, um sie zu verscheuchen. Während die Fugs mit Zimbeln, Triangeln und Glocken exotische Klänge erzeugen, fleht Sanders die heidnischen Götter um Beistand an: "Im Namen von Ra, Osiris, Horos, Isis, im Namen des lebenden Universums rufen wir den Geist auf, das Pentagon aus seinem elenden Schicksal körperlich emporzuheben und bei sich zu bewahren."

Das Pentagon erhebt sich gleichwohl nicht einen Fuß hoch in die Luft; es schwebt nicht empor, wie erhofft, und wird auch nicht rosa zum Zeichen seiner Reinigung. Doch die Exorzisten lassen sich nicht beirren. "Hinaus, Dämonen, hinaus!" schreien die Fugs nun im Chor. "Zurück in die Finsternis, ihr Satansdiener - hinaus, Dämonen, hinaus!" Der Sprechgesang breitet sich aus, bis die Teufelsaustreibungsformeln aus vielen tausend Kehlen steigen. Nicht nur Ed Sanders und die Fugs glauben, der Wahnsinn in Vietnam sei vielleicht nur damit zu erklären, daß im Pentagon der Geist der Verdammnis herrscht.

Soldaten und Militärpolizisten in festgeschlossenen Reihen schützen die samstäglich ruhige Bürofestung ihrer Befehlshaber vor den Belagerern und den pazifistischen Vibrationen, die sie verbreiten. Die GIs halten ihre Gewehre mit aufgefplantem, aber bedecktem Bajonett vor der Brust. Auf Armeslänge vor ihnen die Frauen und langhaarigen Männer, die eine äußere Absperrung durchbrochen haben und bis vor den Haupteingang vorgedrungen sind.

Eine spannungsgeladene Konfrontation über viele Stunden, sogar die Nacht hindurch; denn die entschiedensten Gruppen in der vorderen Linie harren aus, und die GIs werden im Turnus abgelöst. Eine Konfrontation zwischen Gleichaltrigen, von der Norman Mailer meint, Karl Marx müßte noch einmal auf die Welt kommen, um dieses Paradox zu erklären: Die Söhne der Arbeiter ziehen die Uniform an und kämpfen für "die letzte wirklich kapitalistische Nation" (Mailer), wo immer sie hingeschickt werden. Die Kinder des Bürgertums aber rebellieren, und diese Rebellion hat verwirrend viele Gesichter.

Junge Frauen stecken Blumen in die Gewehrläufe der Soldaten. Exotisch gekleidete Paare umarmen sich vor dem Hintergrund von Kampfpanzügen und Stahlhelmen. Sitzdemonstranten,

die von GIs mit Kolbenstößen traktiert werden, singen die Sternenbanner-Hymne, um zu zeigen, daß sie ihr Land aus patriotischer Sorge vor Schande bewahren wollen: Symbolhandlungen, mit denen die Friedensbewegten über die Medien das Bewußtsein ihrer Landsleute verändern wollen. Hippie-Happenings wie das Exorzismus-Ritual sollen erheitern und provozieren.

Aber auch die Militanz steigert sich vor dem Pentagon in eine neue Dimension. Ein Trupp vom amerikanischen SDS ("Students for a Democratic Society") stürmt mit einer Vietcong-Fahne auf einen Nebeneingang des Fünfecks zu in der Absicht, das Feldzeichen der aufständischen Kommunisten auf der Zitadelle amerikanischer Macht und Herrlichkeit zu hissen. Die SDSler sind waffenlos, aber sie fühlen sich schon wie Guerillas in der eigenen Hauptstadt. Militärpolizei fängt sie vor dem Eingang ab und prügelt sie zurück.

Auf der anderen Seite des Potomac-Flusses im Weißen Haus gesteht Präsident Lyndon B. Johnson einem Vertrauten, daß Vietnam ihm Alpträume bereite. Aber nicht die verstümmelten und verschmorten Opfer suchen ihn heim, auch nicht die jungen Amerikaner, die ihn "Mörder" nennen und in Sprechchören fragen, wieviel Kinder er denn heute wieder umgebracht habe. Was den Texaner mit dem melancholischen Bluthundgesicht plagt, ist der Gedanke, die meisten seiner Landsleute könnten ihn für einen "Mann ohne Rückgrat" halten, wenn er sich aus Vietnam zurückzöge.

In seinem "jede Nacht" wiederkehrenden Traum liegt Johnson an den Boden gefesselt in einem "langen, offenen Raum". Dann hört er, noch entfernt, "die Stimmen von Tausenden von Leuten". Sie rennen alle auf ihn zu und schreien: "Feigling! Verräter! Schwächling!"

Doch auch die rollenden Einsätze seiner B-52-Bomber können seinen uramerikanischen Horror vor der Ohnmacht nicht bannen. Und nach dem Schock der kommunistischen Tet-Offensive Ende Januar 1968 hat Johnsons wichtigster Mann aufgegeben: Verteidigungsminister Robert McNamara, angewidert von der selbstverschuldeten Misere, verläßt das Pentagon Ende Februar. Bei einem Abschiedsessen erleben die Gäste bei dem sonst stets beherrschten McNamara sogar einen "emotionalen Ausbruch gegen den Krieg" (Vietnam-Historiker Stanley Karnow).

Sein Nachfolger Clark Clifford, Washingtoner Anwalt und gewiefter Makler der Macht, ist entschlossen, die "bloody mess" in Asien zu beenden. Das sagt er aber nicht laut, sondern arrangiert eine Lunchverabredung zwischen dem Präsidenten und zwölf altgedienten Außenpolitikern und Generalen, den "weisen Männern". Ihr herausragender Kopf ist der 74jährige Dean Acheson, Außenminister von 1949 bis 1953, Architekt der Nato und tiefgefrorener Kalter Krieger, der seinen Präsidenten Harry S. Truman damals dazu breitschlug, den Franzosen Geld zu geben für ihren schmutzigen Krieg gegen Ho Chi Minhs Unabhängigkeitskämpfer - Beginn des Frevels an Vietnam. Doch dieser Mann hat seitdem dazugelernt.

Von den zwölf "wise men", die im "Familien-Eßzimmer" des Weißen Hauses familiär um Johnson herumsitzen, raten ihm acht, sich aus dem Krieg zurückzuziehen - und niemand in der erlauchten Runde rät es ihm dringender als Dean Acheson. Amerikas Intervention sei aussichtslos, weil Südvietnams Machthaber keinen Rückhalt im Volk besäßen, belehrt er den Präsidenten. Solchen Bundesgenossen sei nicht zu helfen. Aus diesem Grund habe der Krieg auch die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit verloren.

Johnson ist bestürzt, verstört, ergrimmt. "Jemand hat den Brunnen vergiftet", knurrt er argwöhnisch, als die "wise men" gegangen sind. Aber sein Durchhaltewillen ist gebrochen, sein texanisches Ego durchlöchert.

Fünf Tage nach dem geschichtsträchtigen Lunch, am 31. März, erscheint er, der Nachfolger John F. Kennedys, auf den Bildschirmen Amerikas und eröffnet seinen "fellow Americans", daß er darauf verzichte, in diesem Wahljahr 1968 für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Er wolle das Präsidentenamt aus dem "Parteienstreit" des Wahlkampfs heraushalten, erklärt er

mit treuherzigem Augenaufschlag. Und er wolle Frieden in Vietnam.

Johnson kündigt an, die Bevölkerungszentren würden künftig nicht mehr bombardiert. Auch habe er seine Diplomaten angewiesen, sich mit Ho Chi Minhs Emissären zusammzusetzen und die Möglichkeit von Friedensverhandlungen zu erkunden.

Als Johnson am Ende seiner Verzichtserklärung mit gefurchter Stirn eine gute Nacht wünscht, rennen die Leute im New Yorker Künstlerviertel Greenwich Village auf die Straße, umarmen einander und führen Freudentänze auf. Über den Campus vieler Universitäten hallen Hupkonzerte und Indianergeheul; Siegespartys werden improvisiert, weil der Mann, der für die Protestbewegung zu einem napalmspeienden Scheusal geworden ist, die weiße Fahne zeigt.

Hochstimmung auch bei der jungen Opposition in Deutschland, als sie am nächsten Morgen die Nachricht erfährt. Die linken Sturmvögel vom SDS und ihre neugewonnenen Freunde glauben, daß sie, besonders mit ihrem aufsehenerregenden Vietnam-Kongreß in West-Berlin, zur Resignation Johnsons beigetragen haben. Andererseits hätte die ganze Studentenbewegung ohne den Impetus Vietnam ins Stocken geraten und erlahmen können, wenn der Präsident den Krieg wirklich konsequent gedrosselt und die Friedensgespräche durch Konzessionen erleichtert hätte.

So hält die Geschichte nach Johnsons Verzicht für drei euphorische Tage den Atem an. Drei Tage lang besteht zumindest eine vage Möglichkeit, daß dieses Jahr 1968 nicht zu einem Hexenkessel wird, vielleicht sogar milder ausfällt als seine Vorgänger.

Doch in der Stadt Memphis am Mississippi, sangesfroher Hort der Countrymusik von Liebe und Leid, geschieht am vierten Tag eine Untat, die unkontrollierbare Kettenreaktionen bis nach Berlin und Paris in Gang setzt.

Ein Schuß aus dem Gewehr eines Heckenschützen traf King unter dem Kinn, riß ihm die Krawatte ab und schleuderte ihn rückwärts auf den Betonboden des Balkons. Blut quoll aus einer klaffenden Wunde in seinem Hals ... (Kings Mitarbeiter Jesse) Jackson rannte die Außentreppe hinauf und bettete Kings Kopf in seinen Schoß. Andrew Young fühlte nach dem Puls, Pastor Ralph Abernathy stand daneben und stöhnte "Martin, Martin ..." James Bevel fiel auf die Knie und betete - "Newsweek" über den Mord an Martin Luther King am 4. April 1968.

Er war eine Art Gandhi der schwarzen Bürgerrechtskampagne. Er und seine Protestmethoden des "zivilen Ungehorsams" inspirierten die Avantgarde der Studentenbewegung auch in Europa.

King hatte die öffentliche Rassendiskriminierung in den Südstaaten überwunden (und dafür, erst 35 Jahre alt, den Friedens-Nobelpreis 1964 erhalten). Er hatte für die entmündigten Schwarzen ein Bundesgesetz erkämpft, das ihr Wahlrecht absichern soll. Und mit einem Sarkasmus, der dem weißen Amerika weh tun mußte, hatte er sich gegen den Krieg in Vietnam gewandt: "Warum werden schwarze Boys 10.000 Meilen weit geschickt, um Freiheiten zu verteidigen, die sie selber in Süd-Georgia und in Harlem nicht gefunden haben?"

Das ließ den Furien des Rassismus keine Ruhe. James Earl Ray, wenn er denn ein Einzelgänger war, handelte im stummen Auftrag aller King-Hasser, als er den schwarzen Pastor aus dem Hinterhalt erschöß.

Kings Kampf hatte auch das Bewußtsein von Millionen Schwarzen in den Großstadt-Gettos des Nordens geschärft. Glühende Wut über das eigene Elend hatte sich ausgebreitet. Radikale Sekten waren entstanden, die sich mit Umsturz- und Gewaltphantasien aus ihrer Ohnmacht hinausträumten. Schon von 1964 bis 1967 hatte es schwere Getto-Krawalle mit Dutzenden von Toten gegeben. Aber nun, auf die Nachricht vom Mord an King hin, brechen quer durch die Vereinigten Staaten in mehr als 100 Städten gleichzeitig Unruhen aus - die größten in der US-Geschichte.

"Als das weiße Amerika Dr. King getötet hat", ruft der Black-Power-Protagonist Stokely Carmichael in Washington, "hat es uns den Krieg erklärt! Geht heim und holt eure Schießei-

sen!"

In der Hauptstadt der freien Welt, zu über 70 Prozent von Schwarzen bewohnt, dringen jugendliche Banden aus dem weitläufigen Getto plündernd und brandstiftend bis zwei Blocks vors Weiße Haus vor, ehe sie eine Infanteristen-Schützenkette stoppt. Behelmte Kampftruppen mit aufgepflanztem Bajonett bewachen Ministerien und Hotels rund ums Weiße Haus. Auf der großen Freitreppe des Kapitols ist ein Maschinengewehr-Trupp in Stellung gegangen. Eine Kompanie Nationalgardisten in Kriegsausrüstung liegt auf dem manikürten Rasen der Präsidenten-Residenz in Bereitschaft. Über sie hinweg zieht der ranzig riechende Rauch von 70 Großfeuern, die auf der Hälfte des Stadtgebiets durch die Nacht brennen.

Als der Morgen graut, sieht Washington halb wie die belagerte Hauptstadt einer Bananenrepublik aus, halb wie Saigon in der Tet-Offensive. Es ist, als sei der Vietnamkrieg nach Hause gekommen. Allein in Chicago werden 12.500 Mann Armee und Nationalgarde aufgeboten, um den Aufruhr unter Kontrolle zu bekommen. Allein in Chicago gibt es elf Tote. "Gewalt", sagt der schwarze Radikale Rap Brown, "ist so amerikanisch wie Kirschpastete."

Bachmann: Ich ging über die Straße und bin auf ihn zugegangen und hab" gefragt, ob er Rudi Dutschke ist.

Richter: Wie stand er da?

Bachmann: Mit dem Fahrrad am Straßenrand. In Richtung Bahnhof Zoo.

Richter: Und das Fahrrad war wo?

Bachmann: Das Fahrrad war auf der Straße, und Dutschke stand auf dem Bürgersteig. Ich bin um Dutschke herumgegangen.

Richter: So, daß Sie auch auf dem Bürgersteig waren?

Bachmann: Ja.

Richter: Und Sie haben ihn gefragt?

Bachmann: Ob er Dutschke ist, und er sagte ja.

Richter: Sie kannten ihn?

Bachmann: Man kennt ihn von Bildern.

Richter: Und dann?

Bachmann: Dann sagte ich, du dreckiges Kommunistenschwein. Dutschke kam auf mich zu, und ich zog den Revolver und schoß den ersten Schuß - Aus der Gerichtsverhandlung gegen den Dutschke-Attentäter.

Sieben Tage nach dem Mord in Memphis wird der wichtigste Wortführer der antiautoritären deutschen Studenten, Rudi Dutschke, am Kurfürstendamm von drei Revolverkugeln in Kopf, Wange und Schulter lebensgefährlich verletzt; Gründonnerstag, der 11. April.

Attentäter ist der 23jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, ein schwächlicher, ruheloser, unglücklicher Mensch, der bis zu seinem zwölften Jahr in Sachsen aufgewachsen ist und nach dem Mauerbau 1961 ein fanatischer Antikommunist geworden ist. Auch liest er, neben "Bild", gläubig die "Deutsche Nationalzeitung", in der am 22. März groß die Aufforderung stand: "Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg." Den letzten Anstoß zur Tat aber hat ihm der Anschlag auf Martin Luther King gegeben.

Rudi Dutschke faszinierte die Studenten auf nicht unähnliche Weise wie Pastor King seine Anhänger. "Es war die Überzeugtheit, die Sicherheit, das Engagement, das alle spürten ... und weniger das, was er inhaltlich sagte", erinnert sich Inga Buhmann, die Dutschke persönlich kannte. Sie war nicht von dieser "Suggestionskraft", sondern "von seinem freundlichen Wesen" im mitmenschlichen Umgang "sehr angetan".

Dutschkes "Weltrevolution" hatte viel gemeinsam mit der apokalyptischen Wiederkehr Christi, von der sich zumal die schwarze Kirche das Heil verspricht. Und wenn Dutschke von der befreiten und befriedeten Gesellschaft der Zukunft schwärmte, dann klang das um ein Haar wie Martin Luther Kings "I have a dream" - wie der Traum des Predigers von einer Welt, in

der alle Menschen Brüder werden.

Die Parallelen gehen noch weiter, auch wenn die Reaktion auf Bachmanns Attentat nicht heranreichen kann an die wilde Verzweiflung, mit der die Schwarzen ihre Slums in Brand steckten. Dennoch ist der Aufruhr, der nun aus den universitären Gettos in Berlin und der Bundesrepublik hervorbricht, für deutsche Verhältnisse ein subversives Großereignis: Die heftigsten und verbreitetsten Straßenkämpfe seit der Weimarer Republik entbrennen.

Wir schrien unsere Wut heraus, viele von uns warfen zum ersten Mal bedenkenlos Steine - im Amerikahaus, an dem wir vorbeikamen, blieben nicht viele Scheiben heil. Wir alle fühlten uns getroffen, und unsere Empörung war grenzenlos. Als wir beim Springer-Hochhaus angekommen waren, war der Zorn nicht mehr zu bändigen. Die Steine flogen so bedrohlich durch die Gegend, daß ich auf die Seite flüchtete - Inga Buhmann in ihren Erinnerungen (Inga Buhmann: "Ich habe mir eine Geschichte geschrieben") ...

Es gab eine Bereitschaft zur Gewalt, die aus einer ungeheuren Wut kam. Wir waren jetzt auf Krieg aus, auf Bürgerkrieg. Wenn es nicht so gewesen wäre, hätten wir nicht mit den Autos anderer Leute Barrikaden gebaut, ohne uns um die Besitzer zu scheren. Hätten wir nicht wie selbstverständlich einen Bus umgekippt und in Brand gesteckt. Ja, vom Gefühl her erklärten wir den Krieg, und zwar vor allem den Medien, die durch ihre Diffamierungen und Verleumdungen Menschen töteten - Barbara Brick, 1968 SDS-Mitglied in München ...

Als die Polizeikette diesem ersten Ansturm standhielt, zog sich der Stoßkeil der Störer etwa 20 bis 30 Meter zurück, um sich erneut zu formieren. Unter lautstarkem Johlen mit rhythmischen Rufen erfolgte der zweite Ansturm.

Gleichzeitig prasselte ein Steinhaegel, zum Teil salvenmäßig auf Kommandorufe geworfen, gegen den Haupteingang und die verglaste Hauswand, wurde mit brennenden Fackeln und Fahnenstöcken auf die vor dem Haupteingang eingesetzten Beamten eingeschlagen, wurden Fackeln auf das Dach des Eingangsvorbaues und gegen die Fenster geworfen ... Unter Aufbietung letzter physischer Kräfte und Schlagstockeinsatz gelang es, ein Eindringen der Störer in das Verlagsgebäude ... abzuwehren - Aus einem polizeiinternen Bericht über den Einsatz vor dem Berliner Springer-Hochhaus am 11. April.

Nicht nur bei den Studenten, auch bei den liberalen Intellektuellen herrscht Einmütigkeit: Springer-Blätter haben mitgeschossen, weil sie die jungen Linken unablässig als "Rabauken" und "rote SA" geschmäht und wahre Pogromaufrufe gegen Dutschke und seine Genossen losgelassen hatten: "Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!" ("Bild"). "Störenfriede ausmerzen" ("Berliner Morgenpost").

"Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres hat blutige Gewalt die Studenten getroffen", klagt eine Protesterklärung namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller. Sie konstatiert, daß "die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß". Der Verantwortliche, Axel Cäsar Springer, wird mehr denn je zur Inkarnation all dessen, was den "Störenfrieden" an den bundesdeutschen Zuständen zuwider ist, aber auch den Intellektuellen immer mehr Mißbehagen bereitet.

Springer, der Hamburger Gentleman, der seine geliebten "kleinen Leute" als Anti-Aufklärer in ihren urtümlichsten Vorurteilen bestärkt; sie mit Klatsch, Tratsch und Trivialität füttert; sie zu besinnungsarmen Konsum-Patrioten und Fußball-Chauvinisten macht. Springer, der Feind des Antisemitismus und große Freund Israels, der aber zuläßt, daß seine Blätter sich der Methoden des Antisemitismus bedienen, um die linken Studenten verächtlich zu machen und als "Juden des Antikommunismus" (SDS) dem Volkshaß preiszugeben.

Deshalb schreien die zornigen jungen Leute "Mörder Springer!" Deshalb scharen sie sich zusammen, wo Springer-Blätter gedruckt werden - in Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Eßlingen, München.

Sie wollen nicht nur protestieren. Sie wollen "Widerstand leisten" gegen den Pressekonzern,

der ihnen mächtiger erscheinen muß als alle Politiker, wenn ein Helmut Schmidt erklärt, gegen Springer etwas zu unternehmen, sei "politischer Selbstmord".

Die Demonstranten umringen die Druckhäuser wie Amerikas Friedensbewegung das Pentagon. Durch Sitzblockaden, Menschenketten und Straßensperren wollen sie die Osterausgaben der Konzernblätter an der Quelle stoppen. Dabei soll auch "Gewalt gegen Sachen", sofern sie Springer gehören (Lieferautos zum Beispiel), erlaubt sein, um des Presselords Mitschuld an der Gewalt gegen Menschen zu vergelten.

In den Nächten nach dem Anschlag auf Dutschke machen die Teilnehmer an den "Osterunruhen" zwischen Rebellionsfieber und Gefängniszelle Erfahrungen, die behüteten Bürgerkindern sonst für immer fremd geblieben wären.

Und sie bekommen einen aufgerauhten Einführungskurs in die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik, den ihnen keine Staatsbürgerkunde und kein Otto-Suhr-Institut für Politik, kein Adorno und kein Marcuse hätten bieten können.

In Eßlingen am Neckar erleben sie, wie aufgebrachte Bürger Schäferhunde auf sie hetzen. Dann rücken, den Vertrieb von "Bild" zu sichern, zwölf Polizei-Hundertschaften mit 90 Hundeführern, Wasserwerfern und zwei Panzerautos gegen 700 Demonstranten vor.

In Hannover werden passive Sitzblockierer im Namen der Pressefreiheit erst mit den atemraubenden Strahlen der Wasserkanonen eingedeckt. Als die Demonstranten nicht weichen, prügeln Bereitschaftspolizisten auf die wehrlos Hockenden ein, nehmen sie fest und sperren sie für die Nacht ins Gefängnis. Aufgewühlt, naß und frierend hauen die Verhafteten unter gewaltigem Lärm auf die Heizungsrohre und singen die "Internationale".

In Frankfurt an der Galluswarte läßt die Polizeiführung gar eine Reiterstaffel gegen sitzende Demonstranten zur Attacke traben. Unter Hufeknallen, Funkenschlag und dem Gewieher der Gäule keilen die berittenen Ordnungshüter mit langen Latten wie die Kosaken auf ihre geduckten Mitbürger ein.

Wie viele Frauen an den Unruhestätten macht die Lehrerin Christine Repp in Hamburg die erschreckende und unbegreifliche Entdeckung, daß die Polizeibeamten eines Landes, das 1945 dem Anschein nach wieder in die gesittete Welt zurückgekehrt ist, mit Frauen besonders übel umspringen. Christine Repp sagt aus, sie sei, einer Ohnmacht nahe, von mehreren Beamten ins Präsidium geschleppt worden: "Dabei drehten die vorne gehenden Beamten meinen Körper in die entgegengesetzte Richtung, in die die hinten Tragenden drehten ... Ich spürte furchtbare Schmerzen und schrie ... Die vorderen Leute traten mir mit den Hacken, die hinteren mit den Spitzen in Unterleib und Magen."

I.D. saß in der Menschenkette hinter mir. Ich sah, wie I. von Bereitschaftspolizisten an den Haaren aus der Kette herausgezerrt wurde. Sie bekam Tritte und brüllte laut. Sie verlor einen Schuh und die Handtasche. Da sie noch nicht auf die Beine gekommen war, versuchte sie, sich aufzurichten, indem sie sich an den Polizisten festhielt. Dies wurde offensichtlich als Widerstand aufgefaßt; mehrere Polizisten schleiften sie etwa 20 Meter weit mit. Sie war dann von Polizisten umringt, so daß ich sie nicht mehr sehen konnte. Dabei schrie sie plötzlich noch einmal laut auf - Aussage von Erika Hofmann, Mauerkircherstraße 10, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Als Demonstranten den Sprechchor "Gestern Dutschke, morgen wir" anstimmten, rief der Polizeihauptwachtmeister Franz M. seinen Kollegen zu: "Hoffentlich noch heute!" Bei den zirka zehn umstehenden Polizisten fand er große Zustimmung - Aussage von Peter Hamm, Redakteur beim Bayerischen Rundfunk.

Die Polizisten im Wagen ließen Bemerkungen fallen wie "Schlog'n sollt ma's, bis soacha (bis sie seichen)". Als einer der Verhafteten darauf sagte: "Am besten wäre es, wenn man uns gleich ins KZ brächte und vergasen würde", sagte einer der Polizisten: "Das sollte man tun mit euch" - Aussage von Diether Schürr, Schloßberg, bei der Münchner Apo-Rechtshilfe.

Die brodelnden Schwabinger Straßen um das Redaktions- und Druckhaus von "Bild-München" sind nur von der städtischen Beleuchtung und nervenden Blitzlichtern erhellt. Das Gedränge ohne klare Fronten wird zum frenetischen Blindekuhspiel, die adrenalinpumpende Erregung durchschlägt die Sicherungen.

Wurfgeschosse fliegen schemenhaft durchs Halbdunkel. Ein Photograph wird von einem Pflasterstein tödlich am Kopf verletzt. Einem jungen Demonstranten fliegt ein stumpfer Gegenstand aus einer von der Polizei beseitigten Straßensperre an die Schläfe und verletzt ihn so schwer, daß er Tage darauf stirbt. Keiner der Täter ist ermittelt worden.

Die Springer-Blätter kommen zum Teil mit großer Verspätung zum Verkauf. Aber sie erreichen ihre treuen Leser. Der Versuch, "durch passive Formen des Widerstandes die Auslieferungsprozedur zu verhindern", wie Rudi Dutschke es sich schon nach dem Tod Ohnesorgs gewünscht hat, ist gescheitert. Doch die Osterunruhen erschüttern die Republik - und die militante Minderheit wächst weiter.

Viele tausend junge Deutsche sind von der Polizei gründlicher radikalisiert worden als von ihren revolutionären Vorbildern, von Mao, Castro, Che Guevara. Zugleich aber müssen die Radikalisierten erkennen, wie schwach und isoliert sie trotz wachsender Zahl der Staatsmacht gegenüberstehen und wie unbeherrschbar passiver Widerstand in einem Großstadtviertel in todbringende Gewalt umkippen kann.

Schmerzhaft haben sie die haßerfüllte Abneigung zu spüren bekommen, mit der die Arbeiter- und Bauernsöhne bei der Polizei und die anderen "kleinen Leute" Springers ihnen, den privilegierten Studenten, begegnen.

Die junge Avantgarde, unverstanden von den Massen, mit denen sie die Welt verändern möchte, steht vor dem Problem, an dem ihr Ehrgeiz scheitern wird.

Es gibt sie zwar, die widerspruchsvolle Klassengesellschaft, mit der sich der Marxismus herumschlägt. Aber die Lohnabhängigen im Bonner Staat werden so angenehm ausgebeutet, daß ihre sozialistischen Brüder und Schwestern in der DDR sie darum beneiden. Vietnam und das Elend der Dritten Welt - 1968 ist auch das Jahr der Hungersnot in Biafra - sind weit weg. Und Notstandsgesetze, denen auch Sozialdemokraten zustimmen, schrecken die Leute nicht.

Denn der Grundkonsens der bundesdeutschen Mehrheit, verkörpert in der Großen Koalition, hat sich aus der antikommunistischen Volksgemeinschaft der Nazis heraus entwickelt und verabscheut nichts mehr als rote Unruhestifter. Auch Rudi Dutschke bekommt eine Fülle von Briefen, in denen seine Mitmenschen bedauern, daß ihn Bachmann bei seinem Attentat nicht getötet hat.

Seit Ostersonntag ist Dutschke nach schwierigen Operationen außer Lebensgefahr. Aber als er wieder bei Bewußtsein ist, zeigt sich erst, wie die Kugel in seinem Kopf gehaust hat. Seine Sehfähigkeit ist schwer gestört, Gedächtnis und Wortschatz fast vollständig verloren. In mühseliger Therapie muß er die Sprache neu erlernen. Gretchen Dutschke-Klotz, seine amerikanische Frau:

Am Anfang, in der ersten Woche im Krankenhaus, wußte er die meisten Dinge nicht zu benennen. Nur ein paar Worte waren da, aber ganz wenige. "Tasche" oder "Messer" oder so. Er wußte nicht mehr, was "Geld" bedeutet.

Die Franzosen schien das alles nichts anzugehen. Unter dem lebenden Monument Charles de Gaulle, seit 1958 an der Macht, hatte sich die stabilste politische Ordnung etabliert, die Frankreich in diesem Jahrhundert kannte. Die bitteren inneren Kämpfe um den Algerienkrieg waren vorbei, und niemand hatte offenbar Lust, sich darüber aufzuregen, was die Amerikaner in Vietnam mit dem Chaos anfangen, das sie, die Franzosen, dort zurückgelassen hatten.

Frankreich florierte - auch wenn die rapide Wirtschaftsexpansion starke Spannungen im konservativen gallischen Gesellschaftskörper erzeugte. Die Zahl der Studenten hatte sich innerhalb von zehn Jahren auf 514.000 verdreifacht. Sie überfüllten die muffigen alten und die kah-

len neugebauten Hochschulen und rieben sich an den oft als "inhuman" empfundenen Bedingungen.

Trotzdem schienen diese jungen Leute unberührt von der Gärung, die ihre Generationsgenossen in Amerika, in Deutschland, auch in Italien erfaßt hatte - sieht man ab von den paar hundert politisch Passionierten, die nach dem Dutschke-Attentat zur deutschen Botschaft in Paris liefen, um ihren Unmut mit "Sieg Heil-Rufen" kundzutun. Ein Mitarbeiter von "Le Monde" glaubte noch am 15. März so viel Ruhe, ja "ennui" im Heimatland der Revolutionen zu verspüren, daß er seine Leser warnte: "Man hat es schon erlebt, daß Länder sich zu Tode gelangweilt haben."

Doch auf einmal explodierte dieses Frankreich wie ein gesprengtes Hochhaus, das noch Sekunden zuvor solide und verläßlich dagestanden hatte. Auf einmal schien das stabile Stilleben "Fünfte Republik" wie ein stürzendes Gemäuer in einer Staubwolke der Anarchie zu versinken. Denn die Franzosen, Studenten voran, vollbrachten aus dem Stand und zu ihrem eigenen Erstaunen ein neues Meisterwerk der Aufsässigkeit, von dem man in Berlin oder Berkeley nur träumen konnte: Sie entfesselten den größten Volksaufuhr, den es in einer kapitalistischen Demokratie jemals in Friedenszeiten gegeben hat.

Freitag, 3. Mai: Die rechtsradikale Studentengruppe "Occident" hat gedroht, sie werde den roten Wühler Daniel Cohn-Bendit am Schlafittchen zur Grenze schleifen und "der bolschewistischen Agitation in den Fakultäten mit allen Mitteln ein Ende bereiten". Als die linken Studiosi sich zu wehren gelobten, beging der amtierende Rektor der Pariser Sorbonne-Universität eine Leichtfertigkeit, zu der sich seine Vorgänger nicht einmal in den hitzigsten Auseinandersetzungen um Algerien hatten hinreißen lassen: Er rief die Polizei.

Eine reichlich bemessene Streitmacht zernierte (umzingelte) das ehrwürdige Gemäuer der Sorbonne im Quartier Latin und drang in den bislang sakrosankten Innenhof ein - voran die ungeliebte Bereitschaftspolizei zur Aufruhrbekämpfung, "Compagnies Republicaines de Securite" (CRS).

Schon dies (war) ein unerhörter Akt. Doch die CRS nahmen gleich auch noch 200 Anführer und Aktive linker Studentenbünde fest (darunter Daniel Cohn-Bendit), die sich in der Sorbonne zu einer Besprechung getroffen hatten, steckten sie in vergitterte Gefangenenwagen und karrten sie davon. Aufgescheuchte Studenten aber rannten schreiend neben den Häftlingstransportern her durch eine schmale Straße vor zum Boulevard Saint-Michel, brüllten in die Cafes hinein, aus denen die Gäste enragiert (wütend) ins Freie stürzten und zusammen mit den Draußensitzenden die freiheitsraubende CRS-Kolonie mit Limonadenflaschen, Aschenbechern und Mostrichtöpfen von den Tischen bewarfen.

Im Nu rotteten sich Scharen junger Leute in den Straßen und Gassen um die Sorbonne zusammen, erklangen Sprechchöre: "Gebt unsere Genossen frei! Raus aus der Sorbonne!" Es gab erste Kampfkontakte mit der Polizei, die den Aufuhr im Keim zu ersticken versuchte - ihn aber dadurch nur schürte. Neue Chöre, dazu gedacht, die Sonderpolizisten bis aufs Blut zu reizen: "CRS-SS! CRS-SS!"

Die Lawine der Tumulte begann zu rollen, und es sah aus, als wollten die Franzosen, obwohl selber überrumpelt, der gebannt zuschauenden Umwelt vorführen, wie man die Revolution macht, mit der die anderen nicht zu Rande kamen. Und sosehr TV-Bilder von den brennenden Gettos in den USA und den Osterwirren in Deutschland die Franzosen auch angeregt haben mochten - Paris erwies sich von neuem als ein unvergleichlich aufruhrgeeignetes Pflaster:

130.000 Studenten lebten 1968 in Paris, zumeist auf dem linken Seine-Ufer, dazu Tausende Gymnasiasten aus den oberen Klassen, von denen viele nicht mehr zu halten waren, als das Getümmel begann. Dazu in Saint-Germain die dichteste Anhäufung von Malern, Theaterleuten, Literaten - von Leuten mithin, die von Berufs wegen mit der banalen Wirklichkeit im Widerstreit liegen, Rebellen gegen die Schranken der Normalität. Dazu die engen Straßen im

Quartier Latin, die den Barrikadenbau begünstigen, und der Dschungel der Hinterhöfe mit seinen Schlupfwinkeln und Geheimpassagen.

Am wichtigsten aber war die Tradition der Barrikade, war die einzigartige Geschichte der Revolutionen und Erhebungen, die das französische Volk gemacht hat. Sie verband den selbstbewußten Teil dieses Volks, zumal in Paris, mit den intellektuellen Vorkämpfern gegen die Staatsautorität. Und diese Tradition vor allem hat den Franzosen (nicht allen freilich, nicht den Gaullisten) ein Gefühl dafür verliehen, daß Aufstände nichts Schreckliches sind wie für die Deutschen, keine historischen Verzweiflungstaten, sondern heroische Volksfeste, kollektive Ekstasen, ein leidenschaftlicherotisches Auftrumpfen der Körper und Seelen: die Erregungen der Revolution als höchstes Erlebnis, Revolution als spektakuläre Selbstdarstellung.

Die Bewohner waren an ihren Fenstern und boten Nahrung und Milch an. Die Atmosphäre war phantastisch. Die Leute schichteten Pflastersteine zu Barrikaden auf, weil sie sich - viele von ihnen zum ersten Mal - ganz in eine gemeinsame, spontane Arbeit stürzen wollten. Die Leute ließen alle ihre verdrängten Gefühle frei und brachten sie in einem festlichen Geist zum Ausdruck. Tausende fühlten das Bedürfnis, miteinander zu kommunizieren, einander zu lieben - Daniel Cohn-Bendit.

Ich erinnere mich, wie ich nach einer euphorischen Nacht des Kampfes mit der Polizei, Autos brannten in den Straßen, bei einer Freundin im Quartier Latin schlief. Meine Klamotten stanken nach Tränengas. Beim Aufwachen sah ich ein unbekanntes schnauzbärtiges Gesicht auf mich herunterschauen. Er bot mir Kaffee an, und wir liebten uns - Lily Metreaux, im Mai 68 Lyzeumsschülerin.

Im rigiden Ordnungsstaat de Gaulles hatten sich enorme anarchische Energien aufgestaut. Nun schäumten sie hervor wie bei einem Dambruch und schossen, vom eigenen Elan berauscht, hinaus über das vordergründige Ziel des Aufstands, die Sorbonne von den CRS zu befreien und arretierte Kommilitonen aus den Gefängnissen zu holen. Die Eruption bäumte sich auf gegen jede Autorität und alle Regeln, die den Lebenshunger junger Menschen behindern.

"Scheiß auf Hierarchie, Autorität und auf diese Gesellschaft mit ihrer kalten rationalen elitären Logik!" So, erinnert sich die Soziologin Nelly Finkielstein, hätten sie und ihre Genossinnen damals gedacht.

"Scheiß auf all die kleinen Chefs und die Mandarine an der Spitze!" Wonach sie sich so heiß wie verschwommen sehnten, drückte der berühmteste Slogan des Pariser Mai aus: "Die Phantasie an die Macht!"

Der Mann an der Macht im Élysée-Palast war verstummt. Konsterniert ließ de Gaulle die Chaos stiftenden Ordnungskräfte gewähren. Sein Premier Georges Pompidou, in Asien unterwegs, eilte herbei und befahl für den 13. Mai den Rückzug der Polizei aus der Sorbonne und dem Universitätsviertel. Er hoffte, der Aufstand werde, sich selbst überlassen, verpuffen.

Doch im Siegesjubiläum ziehen die Rebellen in das geräumte Territorium ein, als seien sie Fidel Castros Guerillakämpfer, die ins befreite Havanna einmarschieren. Unter roten und schwarzen Fahnen besetzen sie die Sorbonne, die umliegenden Institute, das "Odeon-Theater". Das gewonnene Gebiet reicht bis zum Jardin du Luxembourg, der nach den Forderungen einiger Gruppen künftig im Dienst der sexuellen Befreiung stehen und als rund um die Uhr geöffneter Lustgarten fungieren soll. Studenten mit roten Armbinden regeln am Boulevard Saint-Michel den immer autoärmeren Verkehr.

Entgegen Pompidous Kalkül erscheint der Staat besiegt, zumindest besiegt. Und nun ergreift die Pariser Aufrührerstimmung, die der liberale Publizist Raymond Aron für ein "Delirium" hält, auch die Arbeiter in den Fabriken vor der Hauptstadt und bis tief in die Provinz hinein. Streiks und Besetzungen überall: Am 17. Mai enden Bahn- und Flugverkehr, am nächsten Tag ruhen Busse und Metros, dann die Privatautos, weil es kein Benzin mehr gibt.

Wie in einem seltsamen surrealen Film schließen die Postämter eines nach dem anderen, dann

die Kaufhäuser, dann die Banken; verschwinden die Wettbüros hinter rasselnden Rolläden; legen sich die Schiffe auf der Seine still ans Ufer. Die Fernsehbilder verlöschen, das Schnattern der Familienserien aus den offenen Fenstern hört auf. Es gibt kaum noch Zeitungen, keine Kinovorstellungen, und Fußball spielen nur noch die Streikenden auf dem Gelände besetzter Betriebe. Um den 20. Mai ist die Republik in einem unerklärten Generalstreik für mehrere Tage zum Stillstand gekommen wie noch kein moderner Staat, der mitten im Frieden unter einem strahlenden Frühlingshimmel liegt.

"Die gesegnete Stille jener Tage!" erinnert sich der aus Holland stammende amerikanische Schriftsteller Hans Koning, der die Streikruhe in Paris erlebte. "Die Luft ohne Auspuffgase roch nach Frühling und Kastanienblüten wie seit den Tagen von Maupassant nicht mehr."

Diese "impulsiven, unvorbedachten Arbeitsniederlegungen", meint Koning, seien etwas ganz anderes gewesen als "traditionelle Streiks" - weshalb die meisten Gewerkschaftsführer sich nur widerwillig auf das Wagnis einlassen. Koning sieht den Volksausstand denn auch "motiviert von einer tiefen, aber nur vage begründeten Unzufriedenheit mit dem modernen Leben schlechthin".

Mag sein. Ganz gewiß aber wollen Frankreichs Werktätige dem Staatspräsidenten ihren starken Arm zeigen - welche überzeugendere Kraftprobe könnte es geben, als die ganze Nation knirschend zum Halt zu bringen? Sie wollen dem einsam herrschenden Charles de Gaulle demonstrieren, daß er sie nicht zu Untertanen machen kann. Die meisten erwarten, daß ihre gigantische Trotz- und Verweigerungsgeste den vor aller Welt blamierten Zuchtmeister der Franzosen zum Rücktritt veranlassen wird, getreu der oft gerufenen Forderung: "De Gaulle ins Museum!"

Eine Mehrheit der Linken hofft auch auf den Sturz der autoritären Fünften Republik. Aber wollen die Arbeiter, Arm in Arm mit den Studenten, im Ernst die Macht ergreifen, wie die reichgeschmückte Legende des Mai '68 behauptet? Brauchen sie nur zuzupacken, um dem Staatsapparat die Herrschaft zu entreißen? Sind sie wirklich entschlossen und liegt es in ihren Möglichkeiten, mit Arbeiterräten anstelle der Manager und Beamten die Leitung der Betriebe und Präfekturen zu übernehmen - oder ist das von vornherein utopisch?

Hinterher verbreiten enttäuschte Rebellen die Klage, die Revolution sei überhaupt nur an der Feigheit der Kommunistischen Partei gescheitert, die den Umsturz nicht wagen wollte. Doch dieser sonnenbeschiedene, ungebärdige, verrückte französische Mai '68 hat nichts vom Petrograder Oktober 1917, nichts vom Furor einer aus grimmiger Not geborenen Erhebung, nichts von einer wirklich revolutionären Situation. Denn in dem "befreiten" Universitätsviertel der Hauptstadt wie draußen im stillgelegten Land offenbart der Aufstand sich als ein Spiel mit dem Umsturz und seinen Symbolen; als Schau, Spektakel, Happening; als mitreißendes Revolutionstheater - aber als Theater.

Die fröhlich sich verbrüdernden Menschen zwischen Sorbonne und Jardin du Luxembourg machen keine Anstalten, den Élysée-Palast zu stürmen wie einst die russischen Matrosen das Winterpalais. Sie verwechseln die Besetzung öffentlicher Gebäude mit dem Besitz realer Macht - wie die deutschen Studenten, die, vom Pariser Beispiel befeuert, Ende Mai das Rektorat der Frankfurter Goethe-Universität okkupieren und die Zigarren des Rektors rauchen.

ES IST VERBOTEN ZU VERBIETEN!

ERFINDET DAS LEBEN NEU!

JE MEHR ICH LIEBE MACHE, DESTO MEHR MACHE ICH DIE REVOLUTION!

DIE MENSCHHEIT WIRD ERST GLÜCKLICH, WENN DER LETZTE KAPITALIST AN DEN GEDÄRMEN DES LETZTEN BÜROKRATEN AUFGEHÄNGT IST!

Wie besessen malen Kunststudenten im Universitätsviertel täglich neue Plakate mit Sprüchen, die immer verwegener werden, je mehr die Aussichten der Revolte dahinschwanden. Marathondebatten bei Tag und Nacht: Eine Plethora (Fülle) von fast 400 "Aktionsausschüssen"

kreist um die Sorbonne, außerstande, aus dem exaltierten Durcheinander irgendeine Handlungslinie zu entwickeln. Der Ausnahmezustand, der sich selbst genügt, verliert seinen Reiz. Das stagnierende Psychodrama zermürbt. Die Hochgefühle sinken in sich zusammen wie ein mißglücktes Souffle.

"Es konnte nicht dauern. Es war überraschend, daß es überhaupt so lange dauerte", meint Hans Koning im Rückblick. In der letzten Maiwoche haben die Franzosen allenthalben genug von der alternativen Radler- und Spaziergänger-Idylle, in die sie ihr Land verwandelt haben. Pfingsten steht bevor, das Wetter ist herrlich, und ungestüm erfaßt den gallischen Menschen das Verlangen, sich wieder in seine geliebte "bagnole" zu schwingen und die langentbehrte Familienkutsche von Stau zu Stau ins Grüne zu lenken (Jean-Luc Godards Autobarbaren-Film "Weekend" läuft just in diesem Jahr in den Kinos).

Anstelle der abstrakten Worte der Studenten wartet Premier Pompidou jetzt mit konkreten Konzessionen bei den Löhnen auf. Von ihrem General mit Donnerstimme gerufen, strömen nun die Gaullisten zu Hunderttausenden in feiner Schale und mit ihren juwelengeschmückten Frauen über die Champs-Élysées. Doch die Wende bringt der Treibstoff, der gerade rechtzeitig für den Pfingstausflug wieder fließt. Der Schriftsteller Jacques Sternberg in einem satirischen Abgesang auf die Revolte:

Wie die Füße wollüstig das verlorene Gaspedal wiederfanden, die Hände das teure Lenkrad und die Köpfe die Leere des Überlandfahrens - die Straße gehört wieder den Autos, der vornehmsten Errungenschaft des Kretins ... Unser General hat begriffen, daß die nationale Parole seit zehn Jahren lautet: "Ich denke, also fahre ich." Und er entführt unsere geheiligten Automobile den Barrikaden und gibt sie den Autobahnen zurück. Shell mit uns! ...<<

Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenverbände erklärt am 11. April 1968 zur Lage der Vertriebenen (x064/61-64): >>... Eine völlige Wiederherstellung des Vorkriegsstandes wird nicht erwartet werden können. In dem jetzigen Zustand Deutschlands und Europas sehen wir ... keine tragfähige Lösung. ...

Die Voraussetzung ist die Wahrheit. Nur auf dieser Grundlage kann Vertrauen in die Ehrlichkeit und Redlichkeit des Anderen entstehen. Darum sagen wir offen: das Verschleiern ungelöster Probleme und geschichtlicher Gegensätze zwischen den Völkern führt ebenso wenig zu einem dauerhaften Frieden wie ein einziges Diktat.

Wenn wir unsere natürlichen Rechte und die in zeitgemäße Form gebrachte Wahrung unserer geschichtlichen Kontinuität preisgäben, würden wir unglaubwürdig.

Gerechtigkeit verpflichtet uns zur Wiedergutmachung für das Polen zugefügte Unrecht. Wir achten die Würde und Rechte unserer Nachbarn nicht weniger, als wir die Würde und Rechte unseres Volkes und unserer Volksgruppen geachtet sehen wollen. Aus diesem Grunde erwarten wir auch eine Wiedergutmachung des Unrechts, das unserem Volke widerfahren ist. ...

Wir kennen und empfinden das Unrecht und unermeßliche Leid, das dem polnischen Volk von einer verbrecherischen deutschen Regierung und den ihr Hörigen zugefügt worden ist. Diese Schuld vieler Einzelner bedarf der Sühne im geordneten Rechtsgang. Für das von einer deutschen Regierung zugefügte Unrecht ist unser Volk zu einer zumutbaren Wiedergutmachung im Rahmen seiner politischen Haftung verpflichtet. Wir lehnen jedoch die Anerkennung einer die personale Verantwortung zerstörende Kollektivschuld als unmoralisch ab.

Die Grausamkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeiten sind aber weder durch die Legalisierung von Massenvertreibungen zu heilen noch durch irgendwelche ins Leere geworfene Verzichtes wiedergutzumachen. Statt die Rechtsidee zu stärken, würden nur jene Elemente ermutigt, die das Recht als Funktion von Gewalt und Erfolg auffassen.

Ohne die Überwindung des übersteigerten wie auch immer gearteten Nationalismus, der Wurzel des Übels auf beiden Seiten, ist eine dauerhafte Friedensordnung nicht möglich. Gebietsabtretungen sind nach Kriegen immer wieder vorgekommen. Sie hatten jedoch kaum größere

Bevölkerungsverschiebungen zur Folge.

Massenvertreibungen wie im 20. Jahrhundert hat es noch nie gegeben. Sie sind die jüngste Folge des übersteigerten Nationalismus. Da ein barbarisches Faustrecht nicht legalisiert werden darf, muß der Kreis der Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch eine zumutbare Wiedergutmachung für alle - auch für uns - unterbrochen werden.

Dabei geht es weder um einseitige noch um übersteigerte Rechtspositionen und schon gar nicht um Rechtsbehauptungen, sondern um unabdingbares natürliches Recht. ...

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, lediglich vom Hinnehmen politischer Nachteile zu sprechen, wo es sich um Verletzung von Menschen- und Gruppenrechten handelt. Es zerstört die Rechte der Person, der Familie und der natürlichen Gemeinschaft, wenn aus dem Verlust von Staatsgebieten oder mit einer jahrelangen Besetzung die Hinfalligkeit der angestammten Wohnsitz- und freien Entfaltungsrechte in der Heimat abgeleitet wird. Eben weil die Staaten und Völker zur Durchsetzung des Völkerrechts im Einzelfalle auf sich selbst verwiesen sind, ist es uns auch in Einzelfällen nicht erlaubt, die Grundlagen des Rechts preiszugeben.

Gerade die Christen dürfen in unserer Zeit die Wirksamkeit des Völkerrechts nicht bagatellisieren. Sie müssen mit friedlichen politischen Mitteln überall und jederzeit auf seine Verwirklichung dringen. Auch die Untaten des Nationalsozialismus können uns von dieser Pflicht weder ausschalten noch freistellen.

Bei dem Problem der Oder-Neiße-Linie und der deutschen Ostgebiete handelt es sich nicht allein um eine Annexion, sondern in erster Linie um Fragen der Grund- und Menschenrechte.

... Der Gang in die Zukunft bedarf neuer Ideen, neuer Formen und der Geduld; der Geduld mit uns und den anderen.

Die zumutbare Wiedergutmachung des verletzten Rechtes auf Heimat ist grundsätzlich von Grenzregelungen nicht abhängig. Sie führt keineswegs zu neuen Vertreibungen, wenn man nicht vom Leitgedanken des expansiven Nationalstaates ausgeht. Dieser hat in Mittel- und Südeuropa versagt ...

Jedes Volk versucht in einem Friedensvertrag das zu retten, was vor dem Gemeinwohl aller Völker vertretbar ist. Wir haben eine solide Rechtsposition. Die ostdeutschen Gebiete sind seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsch besiedelt. ...

Wir bitten unsere östlichen Nachbarn zu prüfen, ob nicht auch in ihrer Geschichte übersteigerte Ziele nationalstaatlicher Ausdehnung zu Enttäuschung und Katastrophen geführt haben.

Die Vertriebenen haben den Anfang gemacht, den Teufelskreis zu durchbrechen. Sie dachten von Anfang an konstruktiv und handelten demgemäß. ...

Im Sommer 1950 waren die Lager noch gefüllt, die Arbeitslosigkeit war groß, die berufliche Eingliederung hatte noch nicht begonnen, und die Fürsorgestellen leisteten die einzige praktische Hilfe. Trotz dieser hoffnungslosen Lage haben die deutschen Vertriebenen in der Charta von Stuttgart Rache und Vergeltung abgelehnt und sich zu einem Europa bekannt, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ...<<

20.04.1968

Großbritannien: Enoch Powell (1912-1998, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, britischer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister) kritisiert am 20. April 1968 in seiner Birminghamer Rede die britische Anwerbung von afro-karibischen und asiatischen Einwanderern aus den Commonwealth-Staaten.

[Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später \(am 18. November 2005\) über die Rede des britischen Konservativen Enoch Powell vom 20. April 1968: >>Rivers of Blood](#)

Seine Warnung wurde überhört: Dokumentation der Rede des britischen Konservativen Enoch Powell am 20. April 1968

Adam hat nach den Londoner Bombenanschlägen islamistischer Fanatiker im Juli dieses Jahres in der Welt an ihn erinnert, Lorenz Jäger ihn vergangene Woche vor dem Hintergrund der

gewalttätigen Unruhen in Frankreich in der FAZ zitiert. Was der 1912 in Birmingham geborene und aufgewachsene Enoch Powell, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, konservativer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister, in seiner ebenso berühmten wie berühmten Rede am 20. April 1968 zur Anwerbung vornehmlich afro-karibischer und asiatischer Einwanderer aus Commonwealth-Staaten jedoch wirklich gesagt hat, erfährt der deutsche Leser nicht.

Das Beschweigen hat Methode. Nach der "Brandrede" (taz) wurde Powell verfemt und geächtet. Zusehends geriet er in die politische Isolierung, die sich durch seine leidenschaftliche Ablehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG noch verstärkte. 1974 trat er aus der Konservativen Partei aus und schloß sich der radikalen nordirischen Ulster Unionist Party an. 1998 starb er im Alter von 85 Jahren in London (JF 9/98).

Die JUNGE FREIHEIT, die auch die Übersetzung aus dem Englischen besorgt hat, dokumentiert den Wortlaut seiner Rede hier vollständig:

Die höchste Funktion der Staatskunst besteht darin, vermeidbaren Übeln vorzubeugen. Bei diesem Versuch stößt sie auf Hindernisse, die tief in der menschlichen Natur wurzeln. Zum einen liegt es in der Ordnung der Dinge, daß solche Übel nicht nachweisbar sind, bevor sie zutage getreten sind:

In jedem Stadium ihrer Entwicklung bleibt Spielraum für Zweifel und für Streit darum, ob sie echt seien oder eingebildet. Gleichzeitig erregen sie wenig Aufmerksamkeit im Vergleich zu gegenwärtigen Problemen, die sowohl unbestreitbar als auch dringlich sind: daher die ständige Versuchung in der Politik, sich auf Kosten der Zukunft mit der unmittelbaren Gegenwart zu befassen. Vor allem neigen die Menschen zu der Fehlauflassung, wer Ärger vorhersieht, verursache oder ersehne ihn sogar. "Wenn die Leute nur nicht darüber reden würden", denken sie gerne, "dann würde es wahrscheinlich nicht passieren."

Vielleicht ist diese Gewohnheit auf den primitiven Glauben zurückzuführen, das Wort und das Ding, der Name und der Gegenstand seien identisch. Wie auch immer, die Auseinandersetzung mit zukünftigen schwerwiegenden, aber durch sofortiges Handeln noch abwendbaren Übeln ist die unpopulärste und zugleich notwendigste Aufgabe des Politikers. Diejenigen, die sich offenen Auges vor ihr drücken, verdienen die Flüche derer, die nach ihnen kommen - und oft genug werden sie ihnen auch zuteil.

Vor ein oder zwei Wochen kam ich mit jemandem aus meinem Wahlkreis ins Gespräch, einem ganz normalen Arbeiter in mittleren Jahren, der in einer unserer verstaatlichten Industrien beschäftigt ist. Nach ein, zwei Sätzen über das Wetter sagte er plötzlich: "Wenn ich das Geld hätte, wegzuziehen, würde ich nicht in diesem Land bleiben."

Ich machte irgendeine abfällige Bemerkung von wegen, auch diese Regierung werde nicht ewig an der Macht bleiben; aber er nahm keine Notiz davon und fuhr fort: "Ich habe drei Kinder, alle haben das Gymnasium hinter sich, und zwei sind jetzt verheiratet mit eigener Familie. Ich werde erst zufrieden sein, wenn ich dafür gesorgt habe, daß sie sich alle in Übersee niederlassen. Hierzulande wird in 15 bis 20 Jahren der schwarze Mann die Peitsche über den weißen schwingen."

Warnung vor Zuzug von Millionen Einwanderern

Ich höre schon den Chor der Abscheu. Wie kann ich es wagen, so etwas Schreckliches auszusprechen? Wie kann ich es wagen, Unruhe zu stiften und die Gemüter zu erhitzen, indem ich ein solches Gespräch wiedergebe? Die Antwort ist, daß ich nicht das Recht habe, es nicht zu tun. Ein anständiger, normaler Landsmann sagt am helllichten Tag in meiner eigenen Stadt zu mir, seinem Unterhausabgeordneten, daß sein Land seinen Kindern keine lebenswerte Existenz mehr bieten kann. Ich habe einfach nicht das Recht, die Achseln zu zucken und an etwas anderes zu denken.

Tausende und Hunderttausende sagen und denken dasselbe wie er, vielleicht nicht überall in

Großbritannien, aber doch in jenen Gebieten, in denen bereits die völlige Verwandlung begonnen hat, die in tausend Jahren englischer Geschichte keine Parallele hat. Hält der derzeitige Trend an, werden sich in 15 oder 20 Jahren dreieinhalb Millionen Einwanderer aus dem Commonwealth und ihre Nachkommen in diesem Land leben. Diese Zahl ist nicht von mir. Es ist die offizielle Zahl, die der Sprecher des Registrar General (obersten Verwaltungsbeamten) dem Parlament bekanntgab.

Für das Jahr 2000 gibt es keine vergleichbare offizielle Zahl, doch muß sie bei fünf bis sieben Millionen liegen, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung und fast so hoch wie die des Londoner Großraums. Natürlich werden sie sich nicht gleichmäßig zwischen Margate und Aberystwyth und zwischen Penzance und Aberdeen verteilen. Über England verstreut werden Einwanderer und ihre Nachkommen ganze Gegenden, Städte und Stadtteile besetzt haben.

Im Laufe der Zeit wird der Anteil der Nachfahren von Einwanderern an dieser Gesamtzahl, der in England Geborenen, die auf genau demselben Weg hier herkamen wie wir übrigen, rapide ansteigen. Bereits 1985 würden die hier Geborenen eine Mehrheit bilden. Dieser Umstand ist es, der ein sofortiges Eingreifen dringend notwendig werden läßt, und zwar ein Eingreifen jener Art, die für Politiker am schwierigsten durchzuführen ist, wo nämlich die Schwierigkeiten in der Gegenwart bestehen, während die Übel, die es zu verhindern oder zu minimieren gilt, mehrere Parlamentsperioden in der Zukunft liegen.

Die natürliche und vernünftige Frage einer Nation, der derartige Aussichten bevorstehen, lautet: "Wie läßt sich ihr Ausmaß reduzieren?" Kann begrenzt werden, was zugegebenermaßen nicht vollkommen zu vermeiden ist, wenn man bedenkt, daß Zahlen von äußerster Wichtigkeit sind: Die Bedeutung und die Folgen der Einführung eines fremden Elements in ein Land oder eine Bevölkerung unterscheiden sich grundlegend, je nachdem, ob dieses Element ein Prozent oder zehn Prozent ausmacht.

Die Antworten auf diese simple, vernünftige Frage sind ebenso simpel und vernünftig: indem man weiteren Zufluß stoppt oder so gut wie stoppt und einen maximalen Abfluß fördert. Beide Antworten sind Teil der offiziellen Politik der Konservativen Partei.

Es ist kaum zu glauben, daß derzeit jede Woche allein in Wolverhampton zwanzig bis dreißig zusätzliche Einwandererkinder aus Übersee eintreffen - und das bedeutet 15 bis 20 zusätzliche Familien in ein oder zwei Jahrzehnten.

Die die Götter zerstören wollen, die treiben sie erst in den Wahnsinn. Wir müssen als Nation wahnsinnig sein, buchstäblich wahnsinnig, um den jährlichen Zufluß von um die 50.000 Angehörigen zuzulassen, die größtenteils die Basis für das zukünftige Wachstum der von Einwanderern abstammenden Bevölkerung bilden. Es ist, als schau man einer Nation dabei zu, wie sie eifrig ihren eigenen Scheiterhaufen aufbaut.

Wir sind so geisteskrank, daß wir unverheirateten Menschen tatsächlich erlauben, einzuwandern, um mit Ehegatten oder Verlobten, die sie nie gesehen haben, eine Familie zu gründen. Es solle niemand annehmen, daß der Zuzug von Abhängigen automatisch abnehmen wird. Im Gegenteil, selbst die derzeitige Einlaßquote von nur 5.000 pro Jahr reicht aus für weitere 25.000 pro Jahr ad infinitum, ohne das riesige Reservoir bereits existierender Beziehungen in diesem Land mitzuzählen - die Einreise auf betrügerischem Weg berücksichtige ich überhaupt nicht.

Unter diesen Umständen bleibt nur, den Gesamtzufluß zur dauerhaften Niederlassung auf der Stelle auf geringfügige Proportionen zu reduzieren und die notwendigen legislativen und administrativen Maßnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden.

Ich komme zur Rückwanderung. Wenn die gesamte Einwanderung morgen endete, würde die Wachstumsrate der Einwanderer- und von Einwanderern abstammenden Bevölkerung erheblich verringert, doch das grundsätzliche Wesen der nationalen Gefahr bliebe aufgrund der in Zukunft zu erwartenden Größe dieses Bevölkerungselementes bestehen.

Dies kann nur in Angriff genommen werden, solange Menschen, die innerhalb etwa der letzten zehn Jahre einreisten, einen beträchtlichen Anteil ausmachen. Um so dringlicher ist es, jetzt das zweite Element der konservativen Politik umzusetzen: die Ermunterung zur Rückwanderung. Niemand kann abschätzen, wie viele sich mit großzügiger Unterstützung entweder für eine Rückkehr zu ihren Ursprungsländern entscheiden oder aber in andere Länder gehen würden, wo ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten benötigt werden.

Niemand weiß es, weil bislang kein Versuch einer solchen Politik gemacht wurde. Ich kann nur sagen, daß sogar im Augenblick ab und zu Einwanderer aus meinem eigenen Wahlkreis zu mir kommen und mich bitten, ihnen Unterstützung bei der Heimkehr zu leisten. Würde eine solche Politik eingeführt und mit der Entschlossenheit durchgesetzt, die die drohende Alternative rechtfertigt, könnte der daraus resultierende Abfluß die Zukunftsaussichten spürbar ändern.

Das dritte Element der Politik der Konservativen Partei ist, daß alle, die als Staatsbürger in diesem Land leben, vor dem Gesetz gleich sein müssen und es zwischen ihnen keine Diskriminierung oder Differenzierung durch staatliche Behörden geben darf. Wie Edward Heath gesagt hat, wird es keine "Staatsbürger erster Klasse" und "Staatsbürger zweiter Klasse" geben.

Das bedeutet nicht, daß der Einwanderer oder seine Nachkommen in eine privilegierte oder besondere Klasse erhoben wird oder daß dem Bürger sein Recht verwehrt wird, in der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten zwischen dem einen und dem anderen Mitbürger zu diskriminieren oder daß ihm Zwang angetan werden soll bezüglich seiner Gründe und Motive, dem Gesetz auf die eine statt auf die andere Art Folge zu leisten.

Größer ließen sich die Realitäten nicht mißverstehen, als es diejenigen tun, die lautstark Gesetze "gegen Diskriminierung" fordern, wie sie es nennen, seien sie Leitartikler desselben Typs und manchmal derselben Zeitungen, die in den 1930ern dieses Land jahrelang blind zu machen versuchten für die wachsende Gefahr, die ihm drohte, oder Erzbischöfe, die in Palästen leben, und mit der Bettdecke über den Kopf gezogen fein gedeihen. Sie haben völlig und diametral unrecht.

Die Diskriminierung und Benachteiligung, das Gefühl von Sorge und Ärger herrscht nicht bei der Einwandererbevolkerung, sondern bei denen, in deren Mitte sie gekommen sind und immer noch kommen. Mit der Verabschiedung einer solchen Gesetzgebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt riskiert das Parlament daher, ein Zündholz ans Schießpulver zu legen. Das freundlichste, was sich über diejenigen sagen läßt, die dies vorschlagen und unterstützen, ist, daß sie nicht wissen, was sie tun.

Sofort sämtliche Rechte eines jeden Staatsbürgers gewährt

Nichts ist irreführender als der Vergleich zwischen dem Commonwealth-Einwanderer und dem amerikanischen Neger. Die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten, die bereits vor der Nationwerdung der Vereinigten Staaten existierte, begann im wahrsten Sinne des Wortes als Sklaven, um später das Wahl- und andere Bürgerrechte zu erhalten, deren Ausübung sie nur langsam und bis heute nicht vollständig erreicht haben.

Der Commonwealth-Einwanderer kam im Besitz der vollen Staatsbürgerschaft nach Großbritannien, in ein Land, das keine Diskriminierung zwischen dem einen und dem anderen Bürger kannte, und ihm wurden sofort sämtliche Rechte jedes Staatsbürgers gewährt, vom Stimmrecht bis zur freien medizinischen Behandlung durch den National Health Service.

Etwaige Nachteile, die dem Einwanderer entstanden, ergaben sich nicht aus dem Gesetz oder aus der Politik des Staats oder aus den Verwaltungsmaßnahmen, sondern aus jenen persönlichen Umständen und Zufällen, die bewirken und immer bewirken werden, daß sich Schicksal und Erfahrung eines Menschen von denen eines anderen unterscheiden.

Während jedoch für den Einwanderer die Aufnahme in dieses Land die Zulassung zu heißer-

sehnten Privilegien und Möglichkeiten bedeutete, war die Wirkung auf die bestehende Bevölkerung eine ganz andere. Aus Gründen, die sie nicht verstehen konnten, und infolge einer Versäumnisentscheidung, zu der sie nie befragt worden waren, fanden sie sich als Fremde in ihrem eigenen Land wieder.

Sie stellten fest, daß für ihre Frauen keine Wochenbetten, für ihre Kinder keine Plätze in der Schule frei waren, ihre Häuser und Nachbarschaften sich bis zur Unkenntlichkeit veränderten, ihre Zukunftspläne und -aussichten zunichte gemacht wurden; auf der Arbeit stellten sie fest, daß Arbeitgeber zögerten, an den Einwanderer dieselben Maßstäbe der Disziplin und Tüchtigkeit anzulegen, die von dem einheimischen Arbeiter erwartet wurden; mit der Zeit begannen sie immer mehr Stimmen zu hören, die ihnen sagten, sie seien nun die Unerwünschten.

Jetzt erfahren sie, daß ein einseitiges Privileg vom Parlament verabschiedet werden soll; ein Gesetz, das weder dazu dient noch dazu gedacht ist, sie zu schützen oder ihnen Recht zu verschaffen, soll beschlossen werden, um dem Fremden, dem Unzufriedenen und dem Agent provocateur die Macht zu geben, sie für ihre privaten Handlungen an den Pranger zu stellen.

In den Hunderten und Aberhunderten von Briefen, die ich erhielt, als ich mich vor zwei, drei Monaten zuletzt zu diesem Thema äußerte, stach ein Merkmal hervor, das weitgehend neu war und das mich Böses ahnen läßt.

Alle Abgeordneten sind den typischen anonymen Briefschreiber gewöhnt; was mich jedoch überraschte und alarmierte, war der hohe Anteil einfacher, anständiger, vernunftbegabte Menschen, die vernünftige und oft hochgebildete Briefe schrieben und glaubten, ihre Adresse weglassen zu müssen, weil sie es für gefährlich hielten, sich in schriftlicher Form an einen Parlamentsabgeordneten gewandt und Zustimmung zu den Ansichten bekundet zu haben, die ich geäußert hatte, und Strafen oder Sanktionen fürchteten, falls bekannt würde, daß sie dies getan hätten.

Das Gefühl, eine verfolgte Minderheit zu sein, das unter den einfachen Engländern in den betroffenen Teilen des Landes wächst, können jene, die es nicht aus eigener Erfahrung kennen, sich kaum vorstellen. Ich werde nur einen dieser Hunderten von Menschen für mich sprechen lassen:

"Vor acht Jahren wurde in einer Straße in Wolverhampton, die als gute Wohngegend galt, ein Haus an einen Neger verkauft. Nun lebt dort nur noch eine einzige Weiße (eine Rentnerin). Dies ist ihre Geschichte. Sie verlor ihren Mann und ihre beiden Söhne im Krieg. So wandelte sie ihr Haus mit sieben Zimmern, ihr einziges Besitztum, in eine Pension um. Sie arbeitete hart und verdiente gut, zahlte ihre Hypothek ab und begann fürs Alter zu sparen. Dann zogen die Einwanderer ein. Mit wachsender Furcht sah sie zu, wie ein Haus nach dem anderen übernommen wurde. Aus der ruhigen Straße wurde ein Ort des Lärms und Chaos. Bedauerlicherweise zogen ihre weißen Mieter aus.

Am Tag, nachdem der letzte gegangen war, wurde sie um sieben Uhr morgens von zwei Negern geweckt, die ihr Telefon benutzen wollten, um ihren Arbeitgeber anzurufen. Als sie sich weigerte, wie sie es bei jedem Fremden zu solch früher Stunde getan hätte, wurde sie beschimpft und fürchtete, sie wäre angegriffen worden, hätte sie keine Kette an der Tür gehabt. Einwandererfamilien haben versucht, Zimmer in ihrem Haus zu mieten, aber sie weigerte sich immer. Ihr kleiner Geldvorrat war aufgebraucht, und wenn sie die anfallenden Nebenkosten bezahlt hat, bleiben ihr weniger als zwei Pfund pro Woche.

Sie bemühte sich um einen Rabatt und bekam einen Termin bei einem jungen Mädchen, das vorschlug, sie sollte doch einen Teil ihres Hauses vermieten. Als sie sagte, sie könne nur Neger bekommen, sagte das Mädchen: 'Mit rassistischen Vorurteilen werden Sie in diesem Land nicht weit kommen.' Also ging sie nach Hause.

Das Telefon ist ihre Rettungsleine. Ihre Familie zahlt die Rechnung und unterstützt sie, so gut sie kann. Einwanderer haben angeboten, ihr Haus zu kaufen - zu einem Preis, den der zukünft-

tige Vermieter innerhalb von Wochen oder höchstens ein paar Monaten von seinen Mietern zurückbekommen würde.

Langsam bekommt sie Angst, das Haus zu verlassen. Fensterscheiben sind zerbrochen. Sie findet durch ihren Briefkastenschlitz geschobene Fäkalien. Wenn sie einkaufen geht, laufen ihr Kinder hinterher ... Sie sprechen kein Englisch, aber ein Wort kennen sie. "Rassistin", skandieren sie. Wenn das neue Gesetz zu den Rassenbeziehungen verabschiedet wird, ist diese Frau überzeugt, daß sie ins Gefängnis kommt. Und hat sie so unrecht? Ich bin mir nicht mehr sicher."

Die andere gefährliche Wahnvorstellung, an der diejenigen leiden, die mutwillig oder sonstwie blind gegenüber den Realitäten sind, läßt sich in dem Wort "Integration" zusammenfassen. Sich in eine Bevölkerung zu integrieren, heißt, praktisch ununterscheidbar von ihren übrigen Mitgliedern zu werden.

Nun ist, wo eindeutige körperliche Unterschiede, besonders in der Hautfarbe bestehen, Integration immer schwierig, wenn auch auf Dauer nicht unmöglich. Unter den Commonwealth-Einwanderern, die in den letzten fünfzehn Jahren gekommen sind, um hier zu leben, sind viele Tausende, die den Wunsch und die Absicht haben, integriert zu werden, und deren Gedanken und Bestrebungen stets in diese Richtung gehen. Sich jedoch einzubilden, eine große und wachsende Mehrheit von Einwanderern und ihren Nachkommen habe dergleichen im Sinn, ist ein absurder Irrglaube, und ein gefährlicher dazu.

Wir stehen hier vor einem Wandel. Bislang hat die Kraft der Umstände und der Herkunft den bloßen Gedanken an Integration für die Mehrheit der Einwanderer unzugänglich gemacht - daß sie niemals an etwas Derartiges gedacht oder es beabsichtigt haben, und daß ihre Anzahl und physische Konzentration bedeutete, daß der Integrationsdruck, dem normalerweise jede kleine Minderheit unterliegt, nicht funktionierte.

Nun erleben wir die Zunahme von Kräften, die der Integration aktiv entgegenwirken, von Eigeninteressen an Erhalt und Verschärfung rassischer und religiöser Unterschiede mit dem Ziel der Ausübung richtiggehender Dominanz, zunächst über andere Einwanderer und dann über den Rest der Bevölkerung. Die Wolke, die nicht größer ist als die Hand eines Mannes und den Himmel doch so schnell überziehen kann, ist jüngst in Wolverhampton zu sehen gewesen, und die Anzeichen deuten darauf hin, daß sie sich rasch ausbreiten wird.

Anerkennung für den Mut, es gesagt zu haben

Die Sätze, die ich gleich sprechen werde, die am 17. Februar wortwörtlich so in der Lokalpresse gedruckt wurden, stammen nicht von mir, sondern von einem Labour-Abgeordneten, der in der derzeitigen Regierung ein Ministeramt bekleidet: "Die Kampagne der Sikh-Gemeinschaft, Bräuche beizubehalten, die in Großbritannien unangemessen sind, muß sehr bedauert werden. Wenn sie in Großbritannien arbeiten, vor allem im öffentlichen Sektor, sollten sie bereit sein, die Bedingungen ihres Arbeitsvertrages zu akzeptieren.

Als Gemeinschaft Sonderrechte (oder sollten sie sagen -riten?) zu fordern, führt zu einer gefährlichen Fragmentierung der Gesellschaft. Diese ethnische Abgrenzung ist ein Krebsgeschwür; von welcher Hautfarbe sie auch praktiziert wird, ist sie vehement zu verurteilen."

John Stonehouse gebührt alle Anerkennung für die Einsicht, dies wahrgenommen zu haben, und den Mut, es gesagt zu haben.

Für diese gefährlichen und spalterischen Elemente bietet der Gesetzentwurf zu den Rassenbeziehungen (Race Relations Bill) genau den Nährboden, den sie zum Gedeihen brauchen. Hier ist das Mittel, um zu zeigen, daß die Einwanderergemeinschaften ihre Mitglieder organisieren und konsolidieren, gegen ihre Mitbürger agitieren und sich engagieren und den Rest mit den Waffen des Gesetzes überwältigen und dominieren können, die die Unwissenden und schlecht Informierten bereitgestellt haben.

Wenn ich in die Zukunft blicke, erfüllt mich Vorahnung; wie der Römer scheine ich "den Fluß

Tiber mit viel Blut schäumen" zu sehen. Jenes tragische und ausweglose Phänomen, das wir mit Schrecken auf der anderen Seite des Atlantik beobachten, das aber dort mit der Geschichte und Existenz der Vereinigten Staaten selbst verwoben ist, kommt hier durch unseren eigenen Willen und unsere eigene Achtlosigkeit über uns.

Tatsächlich ist es beinahe schon soweit. Zahlenmäßig wird es lange vor dem Ende des Jahrhunderts amerikanische Proportionen haben. Einzig entschlossenes und sofortiges Handeln wird es auch jetzt noch abwenden. Ob es den öffentlichen Willen geben wird, dieses Handeln zu verlangen und durchzuführen, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß der große Verrat darin bestünde, zu sehen und nicht zu sprechen.<<

01.07.1968

Belgien: Durch die Abschaffung aller Binnenzölle für gewerbliche Erzeugnisse und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolls gegenüber Drittländern wird am 1. Juli 1968 innerhalb der EG die Zollunion realisiert.

20.08.1968

CSR: Truppen des Warschauer Paktes marschieren am 20. August 1968 in Prag ein. Der sog. "Prager Frühling" wird danach gewaltsam beendet.

02.09.1968

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (36/1968) berichtet am 2. September 1968 über die deutschen "Spätaussiedler": >>**Ins Vaterhaus**

Und seien es kahle Felsen oder öde Inseln, du Wirst dieses Land ewig lieben.

Wandspruch im Grenzdurchgangslager Friedland.

Mit einem "bißchen Wäsche und so" in zwei Koffern und drei Kisten kam der Zimmermann Erich Gunia, 35, Anfang August aus dem ostpreußischen Allenstein in die Bundesrepublik.

Seinen ersten Ausreiseantrag den er viermal erneuern mußte, bis er endlich genehmigt wurde, hatte er bei den polnischen Behörden schon 1962 gestellt. Sein Antrieb: "Alle fahren raus, also fahre ich auch, na, was willstest."

Aus Beuthen in Oberschlesien traf am selben Tag das Ehepaar Folkmann mit zwei halbwüchsigen Töchtern im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen ein, um wieder unter Deutschen zu leben -- zunächst "in einer Notwohnung in Aachen".

Bis auf Bettzeug und Bekleidung haben sie ihre Habe in der kalten Heimat zurückgelassen, und sie wollen noch einmal ganz von vorn anfangen. Automechaniker Werner Folkmann. 44: "Nu, wissen Se, vor dem Arbeiten habe ich keine Angst, nicht wahr, wenn's weiter nix ist."

Und aus Nowosibirsk machte sich Ferdinand Nuss, 74, auf den Weg, kaufte sich für 51 Rubel und 84 Kopeken eine Fahrkarte und traf, drei alte Hosen und drei verschlissene Hemden im Handgepäck, nach vier Tagen und vier Nächten in Friedland ein. Nuss, bei Odessa geboren, einst Landarbeiter, deutscher Landesschütze, Holzfäller, Pferdewärter und Verbannter in einem sibirischen Arbeitslager, blickt voller Optimismus in die Zukunft: "Zehnmal haben sie mir schon die Haare ausgerissen gehabt, und sie sind immer wieder gewachsen."

23 Jahre nach dem Ende des Krieges ist die Völkerwanderung, die er ausgelöst hat, noch immer nicht abgeschlossen. Allein im Juli dieses Jahres trafen im Lager Friedland und in der Durchgangsstelle Nürnberg 2.003 deutsche Staatsangehörige oder -- so das Bundesvertriebenengesetz -- deutsche Volkszugehörige ein, die "nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen" außerhalb der neuen deutschen Grenzen seßhaft geblieben waren.

Sie kamen aus der CSSR (1.214), aus ehemals deutschen, heute polnischen Gebieten (490), aus Jugoslawien (108), Polen (66), Rumänien (46), der Sowjet-Union (40), Ungarn (24), aus Asien und Übersee (9) und auch aus dem westlichen Ausland (6).

Sie reisen zweiter Klasse im Fernschnellzug an. Sie brauchen keine Grenze schwarz zu überqueren, sondern sind mit allen nötigen Papieren ausgestattet. Sie werden nicht vertrieben, sondern kommen höchst freiwillig. Und sie können mitnehmen, was immer sie wünschen.

Bislang drei Familien verladen in Ostpreußen komplette Fertighäuser fabrikneu auf Eisenbahnwaggons, (durften sie dann aber nicht aufstellen, weil sie den Vorschriften der westdeutschen Baupolizei nicht entsprachen).

Zahlreiche Aussiedler kommen mit Pferden, Kühen, Schweinen oder Hühnern, die sie zumeist in Friedland schlachten lassen, um dafür Bargeld zu erhalten.

Ein Ostpreuße brachte sein Motorrad mit, das er jedoch in der Gepäckhalle des Bahnhofs Friedland stehenließ, nachdem er eingesehen hatte, daß es wohl nicht in die bundesdeutsche Straßenlandschaft passen würde. Die Mehrheit beschränkt sich auf die Mitnahme von Hausrat in Kisten, wobei -- wie die Friedländer Lagerzeitung feststellte -- die Kosten meist höher sind als der Wert des Inhalts. Mitgeführtes Mobiliar ist sogar "zum Teil nur Brennholz", so Oberregierungsrat Wilhelm Kampf, zuständiger Referent im niedersächsischen Vertriebenenministerium.

Immerhin: Die Zeit der großen Not ist vorüber. Als das Lager Friedland am 26. September 1945 von den Engländern zur "Erfassung" von Vertriebenen, Flüchtlingen, Evakuierten und Heimkehrern eingerichtet wurde, nächtigten die Insassen auf Heidekraut, das im Kuhstall des Friedländer Versuchsguts der Universität Göttingen aufgeschichtet worden war, und sie wurden mit einer Scheibe Brot nebst Ersatzmarmelade beköstigt. Von der nahen Zonengrenze karrten Handwagenvermieter Gepäck, Kinder, Greise, Kranke, Amputierte und Tote heran.

Weil die Unterkünfte nicht ausreichten, kampierten auch im strengen Winter 1945/46 Nacht für Nacht bis zu 30.000 Menschen im Freien. Wer irgend transportfähig war, wurde in unbeheizten Güterwagen weiter ins Landesinnere verbracht. Mitunter ließ der britische Kommandant das Gepäck aus den Waggons auf den Bahnsteig werfen, um noch mehr Menschen in den Zug zu pferchen. 128 Tote mußten in Friedland begraben werden. Todesursachen: Herzschwäche, schwerer Erschöpfungszustand, Unterernährung, Schädelbruch durch Sturz vom anfahrenden Zug.

Insgesamt 951.884 Ostflüchtlinge passierten das Lager Friedland, davon knapp 840.000 in den beiden Jahren 1945 und 1946. Aus Kriegsgefangenschaft kehrten 566.422 deutsche Soldaten über Friedland heim ins Vaterland. An Aussiedlern, die in Friedland mit Rücksicht auf polnische Empfindsamkeit Übersiedler genannt werden, wurden bis Ende letzter Woche 440.790 im Lager registriert.

Die Übersiedlung von Deutschen aus dem Osten begann 1950 aufgrund von Rot-Kreuz-Abmachungen über die sogenannte freiwillige Familienzusammenführung. Der letzte geschlossene Transport erreichte Friedland am 17. Februar 1959. Seither treffen die Aussiedler als Einzelreisende ein, darunter auch "rückgeführte" Deutsche aus Rußland, die aufgrund eines im April 1958 geschlossenen zwischenstaatlichen Abkommens eine Ausreisegenehmigung erhielten, und Volksgenossen, die nach der Vertreibung ihr Glück in anderen Welten suchten und dabei scheiterten -- laut Vertriebenenministerium in Hannover "die Ärmsten der Armen."

Arm dran sind nicht selten auch die Deutschpolen, die sich einem zermürbenden Papierkrieg aussetzen müssen, sobald sie sich entschlossen haben, in die Bundesrepublik überzuwechseln. Die Prozedur beginnt mit einem Einladungsschreiben westdeutscher Verwandter. Text etwa: "Lieber Fritz, ich lade Dich ein, für immer zu mir in die Bundesrepublik zu kommen. Wohnung und Lebensunterhalt sind gesichert."

Der Brief, dessen Unterschrift amtlich beglaubigt werden muß, geht zunächst an die polnische Militärmission in West-Berlin, die das Papier mit einem Sichtvermerk gegen 30 Mark Nachnahme zurückschickt. Erst dann kann das Schreiben den Angehörigen in Polen zugesandt werden, die es übersetzen lassen müssen, bevor sie damit ihren Ausreiseantrag bei der zuständigen Woiwodschaft stellen.

Außerdem müssen sie nachweisen, daß Devisen für die Fahrt ab polnischer Grenze (etwa 68

Mark) an die Nationalbank überwiesen worden sind, und die Freistellung des Arbeitgebers vorlegen. Ferner sind gebührenpflichtige Bescheinigungen darüber beizubringen, daß keine Steuerschulden bestehen, sämtliche Versicherungsbeiträge bezahlt sind, das Elektrizitätswerk keine Forderungen mehr hat, das Rundfunkgerät abgemeldet und die Telefonrechnung bezahlt ist.

Für den Ausreisepaß kassieren die polnischen Behörden 5.000 Zloty (durchschnittlicher Monatslohn eines Facharbeiters: 2.000 Zloty = 333 Mark) pro Person zwischen 16 Jahren und dem Pensionsalter. Ältere Ausreisewillige zahlen die Hälfte.

Da die Ausreiseanträge häufig zunächst abgelehnt werden und jeweils nach Jahresfrist neu eingereicht werden müssen, kommt es laut Rot-Kreuz-Chef Grünhage in Friedland darauf an, "daß die Leute genügend Luft haben, sechs oder sieben Jahre durchzuhalten".

Die Friedländer Lagerleitung weiß zu berichten, daß Antragsteller nach und nach ihre ganze Habe verkaufen mußten, um alle Gebühren aufbringen zu können. Um die dauernden Fahrtkosten zur Behörde zu sparen, "haben manche Familien irgendwo in Oppeln auf dem Friedhof geschlafen", wie DRK-Mann Grünhage weiß.

Obwohl beim Deutschen Roten Kreuz noch etwa 500.000 Aussiedlungsanträge registriert sind, haben sich längst nicht alle Ostdeutschen entschließen können, Polen zu verlassen. Manche bauen auf abenteuerliche Gerüchte, wonach die polnische Verwaltung über die deutschen Ostgebiete ihrem Ende entgegengeht, andere hofften darauf, der Prager Frühling werde bald auch Einzug in Polen halten.

Auch die Vorstellungen, die sich Aussiedler von der neuen Heimat machen, sind nicht immer real. So begehrte ein Friedland-Ankömmling nach Hamburg zu ziehen, weil dort die Reeperbahn sei, und einen anderen zog es nach Köln, denn: "Da haben wir mal "ne Sendung gehört, die war so lustig." Die Folge mancher Illusion ist, "daß viele Jugendliche ihren Eltern übelgenommen haben, weil sie nicht in Polen geblieben sind" -- so Ministerialdirigent Erwin Wronka im niedersächsischen Vertriebenenministerium.

Zuweilen freilich werden Träume wahr. "Mindestens zehn Anrufe im Monat" bekommt der Friedländer Bundesbeauftragte Schütz von Westdeutschen, die ihren Angehörigen aus dem Osten eine Wohnung "oder gar ein Häuschen mit allem Drum und Dran" eingerichtet haben.

Auch Deutsche ohne Ost-Familie melden sich in Friedland, weil sie gern "einen Schlesier" oder "einen Herrn aus Posen" bei sich haben möchten, und Prinz Wilhelm-Karl von Preußen fragte an, ob vielleicht ein Pferdepfleger zu bekommen sei, für freie Wohnung und 300 Mark im Monat.

Doch auch ohne so fürsorgende Gönner und Verwandte leiden die Ankömmlinge keine Not. Sie werden von der Lagerleitung mit "liebe Landsleute" begrüßt, hören dann der Friedlandglocke zu ("Läute in die Welt hinaus, bis der letzte Bruder kehrt ins Vaterhaus"), lassen sich von karitativen Verbänden frisch einkleiden, empfangen für ihre Kinder Spielzeug und Bilderbücher ("Horst wird Förster") und erhalten nebst der Rückerstattung aller Aussiedlungskosten eine "Begrüßungsgabe der Bundesregierung" (über 21 Jahre: 100 Mark, darunter: 50 Mark) sowie ein "Überbrückungsgeld" von 20 Mark für den "Haushaltungsvorstand" und von zehn Mark für jeden Familienangehörigen.

Der erste Weg mit dem guten Geld führt zumeist in die Lagerkantine, wo die Herren sich Bier und Korn und die Damen einen "Moha"-Eiskrembecher gönnen.

Alsdann erwerben sie an der Theke ein Viertel "Vox-Caffee", eine Dose Bratheringe und Dextropur-Traubenzucker -- für ein "Päckchen nach drüben", wie es Anschlagzettel im Lager Friedland empfehlen.<<

23.09.1968

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (39/1968) berichtet am 23. September 1968 über die "FEINDSTAATEN-KLAUSEL": >>Form des Klassenkampfes

Bonns zweiter Kanzler Ludwig Erhard hatte vor drei Jahren selbstsicher verkündet: "Die Nachkriegszeit ist zu Ende." Bonns dritter Kanzler Kurt Georg Kiesinger mußte erkennen, daß sie noch gar nicht begonnen hat.

Denn 23 Jahre nach dem verlorenen Krieg haben die Deutschen den Frieden noch nicht gewonnen. Von neuem beansprucht die Sowjet-Union ein Recht, das ihr vor genau 24 Jahren im Kriege gegen Hitler zugestanden wurde: in Deutschland zu marschieren.

Damals, am 21. August 1944, drei Monate nach der alliierten Invasion in Nord-Frankreich, waren die Außenminister der USA, Großbritanniens, Chinas und der Sowjet-Union in Dumbarton Oaks, einem Landhaus der US-Regierung in der Nähe Washingtons, zusammengekommen, um den Entwurf einer "Charta der Vereinten Nationen" zu paraphieren.

Acht Monate später, am 25. April 1945, stimmten die kriegführenden Alliierten und ihre 42 Verbündeten dem Entwurf zu. Die neue Friedensordnung sollte alle Nationen für alle Zeit vor gewaltsamer Bedrohung schützen.

Ausgeschlossen von der Uno-Schutzgarantie blieben nur Hitlers Deutsches Reich und reine Verbündete: Die Artikel 53 und 107 der Uno-Charta entzogen diesen "Feindstaaten" auf unbeschränkte Zeit der Uno-Kompetenz ...

Nach der deutschen Kapitulation machte die Sowjet-Union bis 1952 siebenmal von den Feindstaatenklauseln Gebrauch; so, als sie

- 1948 bei der Blockade Berlins den Uno-Sicherheitsrat unter Berufung auf den Artikel 107 durch ihr Veto daran hinderte, den Fall vor die Vollversammlung zu bringen;

- 1950 bei der Uno-Debatte über die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland die Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Artikel 107 für unzuständig erklärte.

Doch dann verschwanden die Feindstaatenklauseln auch aus dem Arsenal der Sowjet-Diplomatie.

Die ehemaligen Hitler-Verbündeten Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Italien, Finnland und Japan wurden selbst Mitglieder der Uno. Und die Westmächte versprachen der Bundesrepublik in ihrer Londoner Erklärung vom 3. Oktober 1954, sie entsprechend dem Artikel 2 der Uno-Charta (Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten) als gleichberechtigten Staat zu betrachten. Ein Jahr danach versicherte auch die Sowjet-Union der DDR, daß die gegenseitigen Beziehungen "auf voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität ... beruhen".

Doch der Schein trog. Zwölf Jahre später, im November 1967, kramte Moskau die Uno-Klauseln wieder die feindlichen Staaten aus der Rumpelkammer des Völkerrechts. In einem Aide-mémoire an die Bonner Regierung wies die Sowjetregierung darauf hin, daß sie sich entsprechend der Uno-Charta weiterhin zu "Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat" - und mithin auch gegen die Bundesrepublik - berechtigt fühle.

Die Bundesrepublik, so dozierte die Sowjetregierung, könne "keinen Anspruch auf die gleiche Stellung, wie sie die anderen europäischen Staaten haben ... erheben". Denn: "Im Unterschied zu diesen Staaten hat die BRD nicht nur keinen Friedensvertrag, sondern betreibt außerdem eine Politik, die den Frieden bedroht."

Schwaben-Kanzler Kiesinger forcht (fürchtet) sich: "Die Sowjet-Union könnte die Charta der UN zum Vorwand nehmen, um bei uns gewaltsam zu intervenieren." Offenbar wolle der Kreml "uns in die Knie zwingen".

Und des Kanzlers außenpolitischer Zuredner Eugen Gerstenmaler bekam Angst, "daß sich der Kreml das Recht vorbehalten will, wenn immer ihm das richtig erscheint ... gegen die Bundesrepublik ... vorzugehen, wie er es jetzt gegen die Tschechoslowakei tut".

Zwar versuchte Außenminister Willy Brandt mit der Versicherung zu beruhigen, die westlichen Alliierten hielten die Feindstaatenklauseln für "obsolet", für überholt. Doch schnell stellte sich heraus, daß die Bündnispartner von diesen Klauseln noch nie ausdrücklich abgerückt

waren. Und auch Brandt mußte einräumen: "Selbst haben sie dies so deutlich noch nicht erklärt."

In der Tat: Von keiner der Siegermächte wurden die Verliererklauseln je außer Kraft gesetzt. Unter Völkerrechtlern aber ist obendrein noch strittig, ob sie je in Kraft treten könnten.

Geht man - wie die Juristen des Bonner Auswärtigen Amtes - davon aus, daß die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jedes Staates Integrität garantieren, über der Uno-Charta stehen, so sind die Feindstaatenartikel nichts als reines Verfahrensrecht der Uno. Prägnant resümierte die "Frankfurter Allgemeine" die Bonner Sicht: "Die Feindstaaten sollten kein Recht haben, die Uno um Hilfe anzurufen. Das ist alles."

Geht man jedoch - wie sowjetische Völkerrechtler - davon aus, daß die Uno-Charta das Völkerrecht ist, so ermächtigen die Feindstaatenklauseln die Siegermächte zu den von Moskau angedrohten "Maßnahmen".

Stellt man - wie das Bonner Auswärtige Amt (AA) - den Nato-Vertrag "als Lex specialis über die Uno-Charta" (Willy Brandt), so sind die Feindstaatenklauseln für die Dauer des Bündnisses nicht anwendbar.

Stellt man aber - wie die Rechtslehrer des Ostens - die Uno-Charta über den Nato-Vertrag, so gehen die Feindstaatenklauseln im Falle einer "aggressiven Politik" der Bundesregierung den Bündnisverpflichtungen der westlichen Nato-Partner vor.

Uneins sind sich Moskau und der Westen überdies darüber, wer nach Artikel 107 der Uno-Charta - wenn überhaupt - wo intervenieren kann.

Nach Auffassung der Westmächte nämlich beschränkt das Potsdamer Abkommen die in Artikel 107 festgestellte "Verantwortung für solche Maßnahmen" auf das Besatzungsgebiet der jeweiligen Siegermacht. Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" könnten die vier ehemaligen Besatzungsmächte nur gemeinsam wahrnehmen.

Die Sowjetregierung hingegen legt das Potsdamer Abkommen so aus, als räume es jedem Signatarstaat das Recht ein, seine Verantwortung für Deutschland als Ganzes im Alleingang wahrzunehmen und notfalls auch zu intervenieren - nach dem Grundsatz des Moskauer Völkerrechtlers D. B. Lewin: "Völkerrecht ist eine Form des Klassenkampfes."

In solchem Wirrwarr der Interpretationen wandte sich die Bundesregierung hilfesuchend an ihre drei großen westlichen Bündnispartner: Doch verbindliche Rechtsauskunft mochten auch sie nicht erteilen.

London erklärte, es betrachte "die sogenannten Feindstaatenklauseln als irrelevant in dieser Situation". In welcher Situation sie relevant sein könnten, ließ die britische Regierung offen.

Paris befand, die russische Interpretation sei "mißbräuchlich und ungenau". Wie genau sie ist, sagte die französische Regierung nicht.

Und Washington versicherte, daß die Artikel 53 und 107 der Sowjet-Union nicht das Recht einräumten, "einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu intervenieren". Ob eine mehrseitige Intervention möglich wäre, verschwieg das Weiße Haus.

Bonn war so klug als wie zuvor. Kanzler Kiesinger mochte nun plötzlich das "dumme Gerede der Nichtjuristen" nicht mehr hören. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU rüffelte er am letzten Mittwoch Parteifreunde, die sich - wie er - über die Feindstaatenklauseln allzusehr aufgeregt hatten. Denn wer das tue, so meinte der Regierungschef, erkenne damit indirekt den russischen Standpunkt an, daß sie anwendbar seien.

Die Polit-Planer des Auswärtigen Amtes haben mittlerweile in den so bedrohlich scheinenden Uno-Klauseln gar wohltuende Wirkungen für die deutsche Wiedervereinigungspolitik entdeckt.

AA-Chef Brandt: "In den Artikeln steckt etwas, was wir nicht einfach beiseite schieben sollten, nämlich die Verantwortung der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem - bis zu einer friedensvertraglichen Regelung." <<